»Bustour der Solidarität mit den Geflüchteten!«

14. November: Aktionstag in Sachsen

In Sachsen herrschen noch einmal »besondere« Verhältnisse. Das Ausmaß rassistischer Mobilisierung ist deutlich höher als andernorts. Insbesondere die wöchentlichen »Pegida«-Aufmärsche haben sich zum Laboratorium rechtsradikaler Politikansätze entwickelt. Eine Voraussetzung dafür ist, dass man Nazis und Rassisten gerne administrativ gewähren lässt und gleichzeitig Antifaschistinnen und Antifaschisten verfolgt.

Aus diesen Gründen werden wir drei Orte in Sachsen aufsuchen, die symptomatisch sind: In Heidenau und Freital sahen sich Geflüchtete teils gewalttätigen rassistischen Angriffen ausgesetzt. In Riesa sitzt nach wie vor der Verlag der NPD, wo man den Wiedereinzug in den sächsischen Landtag vorbereitet.

Dagegen wollen wir protestieren und gleichzeitig den Geflüchteten unsere Solidarität übermitteln.

Fahrplan:

- 8 Uhr Bus ab Berlin
- 11 Uhr Ankunft in Heidenau
Kundgebung vor Unterkunft ehem. Baumarkt. Zusammen mit Geflüchteten und Unterstützern/Unterstützerinnen. Demo zum Bahnhof/Denkmal für Sowjetsoldaten und MITEINANDER-Skulptur; dort Abschluss-Kundgebung mit Musik
- 13 Uhr Abfahrt
- 13.30 Uhr Ankunft in Freital
Kundgebung wie Heidenau
Flugblattverteilung in Briefkästen in direkter Nachbarschaft
- 14.30 Uhr Abfahrt
- 16.30 Uhr Ankunft Riesa
Kurze Kundgebung »Deutsche Stimme«, anschließend Rückfahrt nach Berlin. Spätestens 20 Uhr Ankunft in Berlin.

Wir freuen uns auf Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus allen Bundesländern!

Bitte meldet euch an unter bundesbuero@vvn-bda.de. Ein Teilnahmebeitrag wird erbeten.

Ausstellung: »Neofaschismus in Deutschland«



Termine im November/Dezember

Bergisch-Gladbach: schulinterne Präsentationen, bis 10. November
Wismar: Kirche St. Nikolai, 2. bis 27. November
Langen: Jugendzentrum, 7. bis 20. November (Begleitprogramm: www.juz-langen.de)
Nürnberg: Doppelausstellung Gewerkschaftshaus und Berufsschulen, 11. bis 21. November
Düsseldorf: Heinrich-Hertz-Berufskolleg, 23. November bis 4. Dezember
Braunschweig: Jugendring, 3. bis 10. Dezember

Aufruf des Bundesausschuss zum Herbst 2015:

Rassisten und Nazis entgegentreten

Rassistische Gewalt gehört in Deutschland 2015 zum Alltag. Der Mob kann sich tagelang zusammenrotten und Menschen, die hierher geflohen sind, bedrohen. Im Schutz der Nacht werden Häuser angezündet, in die sie einziehen sollen. Organisatorisch verantwortlich dafür sind Pegida-, NPD- und Nazi-Kader, zunehmend aber auch die AfD, die sich als parlamentarischer Arm der Bewegung andient.

Seit Monaten sind Hass und Gewaltphantasien überall öffentlich präsent. Die Vertreter_innen der Politik, die sich in den letzten Wochen entsetzt zeigen und proklamieren, es dürfe nicht sein, was seit Monaten täglich passiert, haben es zugelassen. Da werden Hassparolen zu »Sorgen der Menschen«, da werden Versammlungs- und Meinungsfreiheit reklamiert, wo es gegen Menschenwürde geht.

60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Kriegen, Verfolgung, Umweltkatastrophen und den Verwüstungen der globalen Wirtschaftsordnung, die immer mehr Menschen die Lebensgrundlagen raubt. Die wenigsten von ihnen schaffen es weiter als in ein Nachbarland. Die aktivsten, entschiedensten, mutigsten wagen den Weg übers Meer, um die Festung Europa zu erreichen. Tausende von ihnen ertrinken unterwegs, wo immer sie ankommen, begegnet ihnen Ablehnung.

Dass die Kanzlerin Ende August die deutschen Grenzen für Flüchtende geöffnet hat, war die einzig mögliche Antwort, die eine zivilisierte Gesellschaft angesichts der humanitären Katastrophe verantworten kann.

Nun aber erklärt eines der reichsten Länder der Welt täglich den Ausnahmezustand: Geflüchtete werden in Containern, Turnhallen und selbst noch im hereinbrechenden Winter in ungeheizten Zelten untergebracht. Landkreise und Gemeinden erklären sich »überfordert vom Ansturm der Flüchtlinge«, (un-)verantwortliche Minister erregen sich über »Wirtschaftsflüchtlinge«, die nur »in unsere Sozialsysteme« einwandern wollen. Schnell wird im Windschatten der »Flüchtlingskrise« – wie es allabendlich in den Nachrichten heißt – die Asylgesetzgebung weiter verschärft. Weitere Staaten werden zu »sicheren Herkunftsstaaten« erklärt und Pläne für Gefängnisanlagen entlang der deutschen Grenzen entworfen. So schaffen Politiker das Ressentiment, dessen gewaltsamen Ausdruck sie beklagen.

Täglich hören wir, nun müssten die Fluchtursachen bekämpft und »Schlepperboote« auch durch die Bundesmarine versenkt werden.

»Bekämpfung der Fluchtursachen« bedeutet aber eine grundsätzliche Änderung der Struktur der Weltwirtschaft und der Politik. Es sind die Auflagen von IWF und Weltbank, die Menschen in vielen Ländern der Welt ihrer Existenzgrundlagen berauben. Es ist die Politik der Destabilisierung »ungeliebter« Regierungen, die Lieferung von Waffen in Krisengebiete, die Kriege befeuern, es ist die Kooperation mit Diktatoren und Kleptokraten, die dafür sorgt, dass die Verhältnisse bleiben, wie sie sind. Flucht ist der Ausdruck der Verhältnisse, die deutsche und europäische Politik wesentlich zu verantworten haben.

- **Wir fordern eine grundsätzliche Abkehr von der Politik der Abschottung.**
- **Wir fordern die menschenwürdige Aufnahme der Geflüchteten.**
- **Wir fordern das Verbot der NPD und aller anderen Nazistrukturen und -umtriebe.**

Alle Landes- und Kreisvereinigungen der VVN-BdA sind aufgefordert, noch in diesem Jahr an Orten rassistischer Mobilisierung – gern mit vielen Bündnispartnern und -partnerinnen – aktiv zu werden im Sinne unseres Mottos »Rassisten und Nazis entgegentreten – Refugees welcome!«.

Wir wollen

- deutlich machen, dass Rassismus keine legitime »Meinungsäußerung« ist, sondern zu den menschenverachtenden ideologischen Grundlagen faschistischer Verbrechen und aktueller Nazi-Gewalt gehört und den Geflüchteten unsere Solidarität zeigen.

Wir wollen

- von den politisch Verantwortlichen verlangen, dass die Geflüchteten menschenwürdig untergebracht werden und schnellstmöglich eine Lebensperspektive für sich und ihre Familien entwickeln können.

Aufruf zum Jahr 2016 anlässlich der Ehrung des 80. Jahrestages der Gründung der Interbrigaden zur Verteidigung der Spanischen Republik

Wir, die Teilnehmer des Internationales Jahrestreffen des Vereins »Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936-1939 e. V.«, haben uns in Berlin mit Vertretern befreundeter antifaschistischer und internationaler Partnerorganisationen zusammengefunden, um gemeinsam zu beraten, wie wir das Andenken der Kämpfer für die Freiheit des spanischen Volkes im Jahr 2016 würdig ehren können.

Vor 80 Jahren hat sich der Franco-Putsch gegen den Willen des spanischen Volkes gerichtet, um die demokratisch gewählte Regierung und die damit verbundenen angestrebten sozialen Veränderungen zu beseitigen. Unzählige Antifaschisten aus mehr als 50 Ländern der Welt – Menschen verschiedener Religionen, Weltanschauungen, Parteien, Hautfarben – machten sich auf den oft beschwerlichen Weg nach Spanien, um an der Seite des spanischen Volkes für die Verteidigung der Zweiten Spanischen Republik gegen die faschistischen Kräfte Francos, Deutschlands und Italiens zu kämpfen.

Für viele, darunter auch die deutschen Antifaschisten, bedeutete dies die Fortsetzung ihres antifaschistischen Kampfes, den sie im eigenen Land bereits aus der Illegalität oder auch aus der Emigration führen mussten.

Im Oktober 2016 jährt sich zum 80. Mal die Gründung der Internationalen Brigaden.

Viva la República! No pasarán! – so schallte der Ruf. Die Ziele der Kämpfer von damals sind immer noch die unseren: Freiheit, Frieden, Menschenrechte und Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit, Antifaschismus, internationale Solidarität.

Lasst uns die Verbundenheit der Brigadistas über die Ländergrenzen hinaus mitnehmen in die Kämpfe der Gegenwart, dort, wo wir uns befinden!

Das heißt, ihre historische Erfahrung einzubringen in die aktuelle internationalistische Arbeit. Das bedeutet ebenso, dass wir auch heute solidarisch an der Seite des spanischen Volkes stehen bei der Unterstützung in der Erinnerungsarbeit sowie in sozialen Kämpfen.

Wir als Angehörige und Freunde der Kämpfer der Spanischen Republik sehen unsere Aufgabe darin, die Erinnerungen an den Kampf der Interbrigadisten in Spanien und im Anschluss zur Beendigung des Zweiten Weltkrieges an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben. Lasst uns vielerorts öffentlich darstellen, wer nach Spanien gegangen ist, was diese Menschen damals dazu bewegt hat, Wissen dazu vermitteln, die Gedenkstätten zu pflegen. Nutzen wir dabei auch die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern, Historikern, leisten wir selbst Unterstützung bei Arbeiten zum Thema Spanien. Dabei wollen wir vor allem unser Potential der internationalen Zusammenarbeit weiter ausbauen und in gemeinsamen Projekten nutzen.

Wir wenden uns an alle, deren aktives Handeln mit den Idealen der Interbrigadisten verbunden ist: Verstehen wir uns als Teil von globalen internationalistischen, antifaschistischen Bewegungen – und ehren so die Kämpfer von damals, tragen ihre Ziele in die Öffentlichkeit.

Nur gemeinsam werden wir in der Lage sein, die gesellschaftlichen Verhältnisse für alle menschenwürdiger zu gestalten.

Der Kampf geht weiter! La lucha continua – bis wir sagen können: Pasaremos!

Die Teilnehmer des Jahrestreffens des KFSR e.V. sowie Marco Puppini, Italien, für die AICVAS Almudena Cros, Spanien, für die AABI Rien Dijkstra, Niederlande, für Stichting Spanje 1936–1939 und Georges Bertrant Puig, Frankreich, für die ACER

Berlin, 18.10.2015

info@spanienkaempfer.de

In Erinnerung an Floréal Barrier

Die Nachricht, dass unser Kamerad, unser guter Freund, unser Genosse Floréal Barrier seit dem 25. Oktober 2015 nicht mehr lebt, erschüttert uns.

Noch bewegen uns seine Worte vom April dieses Jahres in Buchenwald auf dem ehemaligen Appellplatz: »Verlangen wir, zuallererst von uns und dann auch von den anderen, einen respektvollen Blick auf den, der anders ist als wir selbst. Verbieten wir jedes Hindernis für die Freiheit, das Leben und das Leben in Frieden [...] Das Leben vergeht sehr schnell. Jeder sollte das Recht haben, es zu leben – und das Wesentliche sollten wir dabei nicht vergessen: Ein Zusammenleben anzustreben, ist gar nicht so schwierig, man muss es nur wollen. So werden wir unsere Verantwortung erfüllen, unsere Pflicht gegenüber all denen, die nicht mehr da sind.« Seine Worte unterzeichnete er mit »Floréal Barrier 21802 – Block 40«, seiner Häftlingsnummer in Buchenwald und der Nummer seiner Unterkunft.

Am 3. Januar 1922 geboren, fand er zeitig den Weg in die politisch organisierte Arbeiterbewegung Frankreichs und gehörte seit 1940 der Kommunistischen Partei Frankreichs an. Er beteiligte sich am Widerstand gegen die faschistischen deutschen Besatzer in seiner Heimat. 1941 musste er in den Untergrund gehen und 1943 erfolgte seine Verhaftung. Aus dem Lager Compiégne wurde er in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert. Aus dem Quarantäneblock im Kleinen Lager kam er in den Block 40. »Dort sind Häftlinge verschiedener Nationen und viele deutsche Häftlinge, die ersten Gegner des Nazismus. Sie werden uns zeigen, woraus unser neues Leben bestehen muss: Aus einer unendlichen Solidarität«, erinnerte Floréal auf dem von der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora im April 2014 durchgeführten Treffen der Nachkommen in Buchenwald. Schließlich gehörte Floréal dem illegalen Widerstand im KZ Buchenwald an und war in der »Brigade française d'action libératrice« an der Seite von Frédéric Manhès, Marcel Paul. Als bewaffneter Häftling war er an der Befreiungsaktion der Häftlinge des Lagers vom 11. April 1945 beteiligt. Für Floréal Barrier war der am 19. April 1945 geleistete »Schwur von Buchenwald« stets ein politisches Bekenntnis und während seines ganzen weiteren Lebens bindend. In leitenden Funktionen der »Association Française Buchenwald-Dora et Kommandos« und seit 1994 als Vorsitzender des Häftlingsbeirates der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora trug er maßgeblich dazu bei, dem Vermächtnis des antifaschistischen Widerstands zu entsprechen. Zurückhaltend und bescheiden vertrat er seine humanistische Lebenshaltung politisch sensibel mit bewundernswerter Freundlichkeit. Jungen Menschen gegenüber war er stets verständnisvoll aufgeschlossen und bemüht, didaktisch überzeugend zu sein.



Er war Kommandeur der französischen Ehrenlegion und mit anderen hohen Auszeichnungen geehrt.

»Setzen Sie sich dafür ein, dass das LEBEN für immer zu einer Zukunft des Friedens, der Schönheit, der Güte und Solidarität, mit einem Wort für ein Leben, das ganz einfach zum LEBEN führt«, mahnte Flo, wie wir ihn gern liebevoll nannten, in unserer Lagerarbeitsgemeinschaft. Er wird uns fehlen.

Gerhard Hoffmann

Das Waldhorn in Meßstetten:

Keine NPD-Zentrale – nirgendwo!

Infostand zum Notartermin in Emmendingen
Foto: Andreas Raschke

Eine Landesgeschäftsstelle der NPD, in einem abgelegenen Gasthof am Rande der Kleinstadt Meßstetten auf der schwäbischen Alb, gerade einen Kilometer von der Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge entfernt? Mit Übernachtungskapazität für 70 Leute und einem nicht einsehbaren großen Garten? Dieses Horrorszenario beschäftigte Antifaschistinnen und Antifaschisten den ganzen Sommer.

Nun sieht es nach einem Erfolg der vielen Aktivitäten aus: Die ehemalige Gaststätte »Waldhorn« in Meßstetten-Bueloch auf der Schwäbischen Alb wird nun doch nicht an die NPD verkauft.

Die Zutaten klingen wie aus einem mittelmäßigen Krimi. Die NPD bot dem verschuldeten Besitzer-Ehepaar mehr als das Doppelte dessen, was das Anwesen laut amtlicher Verlautbarung wert ist. Geldspender soll ein als Kriegsverbrecher geltender steinalter reicher Mann sein, der auf einer spanischen Insel lebt. Von Anfang an lag der Verdacht nahe, dass hier – nicht zum ersten Mal – versucht wurde, mit der Drohung eines Nazi-Zentrums den Preis für die Immobilie hochzutreiben. Aber wenn es auch noch einen anderen Plan der NPD gab – nämlich das »Waldhorn« wirklich um jeden Preis zu kaufen? Vieles sprach dafür, dass es genau so war: durchgesickerte Details, Notartermine, großmäulige Ankündigungen im Internet. Vor allem aber die für die Zwecke der Neonazis »ideale« Lage des Anwesens. Für die Antifaschistinnen und Antifaschisten der Region war die Wahrscheinlichkeit zu hoch, dass die Nazis doch auf den Kauf der Immobilie setzten. Nichtstun ging nicht. Viel hing jetzt davon ab, ob es gelingen würde, ein handlungsfähiges, stabiles Bündnis der Nazigegner aus Meßstetten, der Region und auf Landesebene zu bilden und deutlich zu machen, dass in dieser Sache nichts unbemerkt vor sich geht.

Es ist gelungen. Eine erste Kundgebung in Meßstetten hatte das regionale antifaschistische Bündnis »Alboffensive« im Mai durchgeführt. Ein neues, breiteres Bündnis »Keine Basis« formierte sich nach ersten Gesprächen im Juni. Regionale und überregionale Zeitungen begannen zu recherchieren, berichteten regelmäßig, interviewten die örtlichen Amtsträger. Kamen zu der ersten von der VVN-BdA angemeldeten Kundgebung vor dem Meßstetter Rathaus am 4. Juli noch etwa 70 Personen, waren es bei einer zweiten am 15. August bereits 350, die anschließend eine Spontandemo durchführten.

Ein Notartermin für den Verkauf sollte ursprünglich am 21. August 2015 stattfinden – in Emmendingen, 130 km von Meßstetten entfernt. An einem Infostand der VVN-BdA – gemeinsam mit den Meßstetter Sozialdemokraten – wurden die offenen Fragen thematisiert. Nachdem dieser Notartermin geplatzt war, gab der Waldhorn-Besitzer am 15. September 2015 schließlich bekannt, nun lieber in die Insolvenz gehen als an die NPD verkaufen zu wollen. Nicht ohne vielsagend hinzuzufügen: »Soll die Bank doch an die NPD verkaufen, ich tu's nicht.« Klar, es kann zu einer Zwangsversteigerung kommen. Ganz ist die Gefahr also noch nicht abgewendet.

Lothar Letsche

Redaktion dieser Seite: Dieter Lachenmayer, VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V. Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, tel 0711 603237, fax 0711 600718

»Demo für alle«? – Ein Bündnis gegen die Demokratie

Unheilige Allianz

Bereits zum achten Mal planen Konservative verschiedenster Richtungen und Neonazis gemeinsam, in Stuttgart zu demonstrieren. Bei der letzten Kundgebung waren fast 5.000 Menschen dem Aufruf gefolgt. Nicht nur die Veranstalter sehen die Zahl allerdings noch als steigerungsfähig an.

Vordergründig geht es dabei um die neuen Bildungspläne der grün-roten Landesregierung. Homosexualität soll darin als ein gleichberechtigtes Lebensmodell behandelt werden.

Die rechte Hetze gegen die sogenannte Homo-Lobby läuft seit einiger Zeit auf Hochtouren. Von der »Jungen Freiheit« über die »Blaue Narzisse« bis zu der Internethetzseite »Political Incorrect« rufen viele Medien zur »Demo für alle« in Stuttgart auf.

Vorbild für diese Aktion sind offensichtlich die Demonstrationen »La Manif pour tous« (Die Demo für alle) aus Frankreich. Dort war es französischen Rechten unter Führung der Front National 2013 gelungen, Hunderttausende auf die Straße zu bringen.



Demo für alle am 21. Juni in Stuttgart Foto: www.beobachternews.de

Nachdem die ersten beiden Demos gegen den Bildungsplan auch in Stuttgart noch von »besorgten Bürgern« bzw. »besorgten Eltern« organisiert und initiiert worden waren, hat nun Beatrix von Storch, evangelikale Europaabgeordnete der AfD, vor einigen Monaten auf einer Wahlkampfveranstaltung bekannt gemacht, dass die »Demo für alle« in ihrem Büro organisiert wird.

Die Bandbreite der Aufrufer umfasst das ganze Spektrum von der AfD über Teile der CDU, evangelische und katholische Organisationen, religiöse Fundamentalisten, Gruppen wie die »Identitären«, Kameradschaften und Kreisvereinigungen der NPD. Für sie geht das Abendland zuerst in Baden-Württemberg unter.

Das Netzwerk rund um die AfD und die von Storchs Mann 2007 gegründete »Zivile Koalition« hat keine Bedenken, mit Nazis gemeinsam zu marschieren. Auch wenn sich ihre Ziele letztendlich unterscheiden, vereint sie der Kampf gegen die Demokratie.Klar, dass auch die VVN-BdA zu Gegenaktionen aufruft.

JK/DL

Neue Dokumentation der VVN-BdA Landshut

Ein Außenlager des KZ Dachau

Endlich ist es soweit – eine bereits länger angekündigte Broschüre der VVN-BdA Landshut bereichert seit wenigen Wochen den Buchmarkt über die Lokalgeschichte zum Faschismus und ist in den Landshuter Buchhandlungen (Dietl, Hugendubel, Pustet) erhältlich.

Die Broschüre fasst den aktuellen Forschungsstand über das Landshuter KZ-Außenlager zusammen und zeigt auf, dass auch in Landshut zahlreiche jüdische Häftlinge aus fast ganz Europa und Kriegsgefangene ihr Leben lassen mussten. Das Außenlager des KZ Dachau bestand im Winter 1944/45 nur für kurze Zeit, vermutlich von Mitte Dezember 1944 bis April 1945. Es bestand aus zwei Lagerkomplexen. Das Nachschublager der Organisation Todt lag unmittelbar südlich der Bahnlinie Landshut-Plattling. Dort waren die Häftlinge zu verschiedenen Bauarbeiten eingesetzt. Das eigentliche KZ, in dem fast 600 jüdische Häftlinge untergebracht waren, lag etwas weiter südlich.
Bislang war in Veröffentlichungen angenommen worden, dass das Lager auf dem Firmengelände von ebmpabst (früher SEL) gelegen habe; auf Luftbildaufnahmen zeigt sich eine Lage etwas näher der Bahnlinie, in etwa im Bereich der heutigen Diskothek Rocket Club. Die genaue Anzahl der in Landshut ermordeten Häftlinge ist nicht bekannt. Der Großteil der Gefangenen ist Anfang Februar ins Außenlager Mühldorf verlegt worden, das Lager bestand aber in Teilen vermutlich weiter bis Ende April 1945. 589 Häftlinge sind namentlich bekannt, von wenigen gibt es auch biografische Einzelheiten.
Etwa ein Dutzend Namen der SS-Wachmannschaft konnten ermittelt werden. Lagerführer Stoller wurde vermutlich nach der Befreiung hingerichtet, gegen seinen Stellvertreter Henschel wurde durch die Anzeige des ehemaligen Häftlings William Wermuth ein Strafverfahren wegen Tötung von Häftlingen eingeleitet. Henschel konnte aber leider nie identifiziert und für seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Trotz Lücken über Details des Lagers können wir inzwischen doch



Die Broschüre ist für 4 Euro plus Versandkosten zu bestellen bei: VVN-BdA Landshut, c/o Dr. Konrad Beischl, Savignystr. 14, 84034 Landshut

wesentliche Fakten über das Außenlager Landshut rekonstruieren. In unserer Broschüre kommen zahlreiche Augenzeugen zu Wort, durch ausführliche Quellenangaben ist es interessierten Lesern und Leserinnen auch möglich, weitere Nachforschungen anzustellen.

VVN-BdA Landshut

Wir gratulieren…

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »*antifa*« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

November: Wolfgang Kummer, München, 88 Jahre; Anneliese Puchner, Ismaning, 83 Jahre; Inge Barck, München, 81 Jahre; Eva Petermann, Hof, 65 Jahre; Renate Pöpp, Nürnberg, 60 Jahre; Michael Richter, Kirchdorf, 60 Jahre; Johanna Wittmann, Ingolstadt, 60 Jahre

Dezember: Irmgard Göhring, Happurg-See, 94 Jahre; Eva Rössner, Nürnberg, 89 Jahre; Marie-Luise Bertram, Augsburg, 86 Jahre; Ernst Grube, München, 83 Jahre; Gerhard Basedow, Nürnberg, 80 Jahre; Petra Gebell-Romero, Schäftlarn-Neufahrn, 65 Jahre; Erika Kaim, Fürth, 65 Jahre; Christel Hausladen-Sambale, Schwabach, 60 Jahre

»Keine Anhaltspunkte«

»Auto mit Hakenkreuz beschmiert«, ist eine Meldung im Münchner Lokalteil der Süddeutschen Zeitung vom 19. Oktober überschrieben. Sie beginnt so: »Das Auto einer türkischstämmigen Familie in Perlach ist in der Nacht zum Freitag mit einem schwarzen Hakenkreuz beschmiert worden. Die Polizei ermittelt. Für einen politisch rechts motivierten Hintergrund habe man aber bislang keine Anhaltspunkte gefunden, sagte ein Sprecher des Münchner Polizeipräsidiums (…)«.
Allerdings, so ist der Meldung weiter zu entnehmen, habe die Polizei den Betroffenen geraten, »das Hakenkreuz schnell entfernen zu lassen«. Damit sie mit ihrem Auto nicht »gegen das Verbot der Verwendung eines verfassungsfeindlichen Symbols« verstoßen.
So geht »Realsatire«. Weshalb diese Polizei-Meldung auf der Seite, die einen ausführlichen Bericht über den »Open Border Kongress« der Münchner Kammerspiele brachte, bei dem es, so die Zeitung, zum Thema Migration und Asyl »Satire, ernsthafte Debatte und viel Kunst« gegeben habe, durchaus adäquat platziert war.

E.A.

Spenden für die VVN-BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, IBAN: DE18700100800010532807, BIC: PBNKDEFF700

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

Pegida-Provokationen nehmen fortwährend zu

Auf Nazispuren unterwegs

Wie in nahezu allen Bundesländern haben auch in verschiedenen Regionen Bayerns mit Herbstbeginn die provokatorischen Auftritte unterschiedlicher Pegida-Ableger zugenommen – kräftig unterstützt, wenn nicht gar getragen, von bekannten und nicht selten vorbestraften Neonazi-Größen aus alten wie neuen Partei- und Organisationszusammenhängen.

Das Flüchtlingselend und die zunehmende Abschottungs- und Panikmachepolitik gegenüber Asylsuchenden, verbunden mit dem offiziellen Angriff auf bisher noch vorhandene Reste humaner Asylpolitik nicht allein im südlichen Freistaat, sind den braunen Hetzern Wasser auf die Mühlen.

In der Landeshauptstadt München suchen sich die rassistischen Provokateure und ihr Anhang seit einigen Wochen für ihre Kundgebungen bewusst Ziele mit unmittelbaren Bezügen zum NS-Regime. Und preisen dort, stellt sich ihnen niemand entgegen, ganz unverhohlen braune Vergangenheiten. Der »Hitlerputsch«-Odeonsplatz mit der Feldherrnhalle etwa ist solch ein Zielobjekt, der Platz der Opfer des Nationalsozialismus, an dem sich einst das Folterzentrum der Gestapo befand, das neue NS-Dokumentationszentrum im einstigen »Führerbauten«-Umfeld…

Bisher, das ist beachtlich, fand keine dieser Provokationen ohne Gegenproteste statt. Alles andere als hilfreich erwies sich jedoch meist die Justiz, die trotz der unübersehbaren Nazi-Bezüge bemüht schien, den extrem rechten Krakeelern überall die Wege freizuhalten.

A.K.

Solidarität mit der VVN-BdA Bayern gegen Verfassungsschutz-Diffamierungen

Erster Endspurt – aber gleich geht‘s weiter!

Wenn diese Ausgabe der antifa bei ihren Leserinnen und Lesern ankommt, dann werden es noch rund zwei Wochen sein, bis, kurz vor Ende November, der Zeitraum für die Sammlung von Unterschriften für die Petition »Für eine offene, demokratische Gesellschaft. Gegen die Diffamierung der VVN-BdA« abläuft.

Wie es aussieht, wird die vom SPD-Landtagsabgeordneten Florian Ritter initiierte Petition einiges mehr an Unterschriften aufweisen, als ursprünglich erwartet war. Und die Adressaten in der Bayerischen Staatsregierung werden sich hoffentlich wundern über die Resonanz, die dieser Appell gegen die Praktiken ihres Inlandsgeheimdienstes gegen eine wichtige demokratische Organisation gefunden hat.

Weil genug bekanntlich nie genug ist – wie einer der Erstunterzeichner dieser Petition, Konstantin Wecker, ja schon vor Jahren überzeugend gesungen hat – wäre es schön, wenn sich auch in diesen letzten Wochen der Petitions-Laufzeit noch möglichst viele beim Unterzeichnen dazugesellen (im Internet unter www.solidaritat-vvn.de oder auf einer der zahlreichen Unterschrifts-Listen, die auf Veranstaltungen und Kundgebungen kursieren) oder gar selber noch beim Sammeln mithelfen. Das geht etwa per Weitermailen des Internet-Links an Freunde, Kollegen, Bekannte oder Sammeln auf Papier. Im Netz können auch die Unterschriftsbögen heruntergeladen werden. Oder im Büro der VVN-BdA Bayern bestellt (Adresse im Impressum dieser *antifa*-Bayern-Seiten.)

Unabhängig davon: Auch nach Abschluss der Unterschriftensammlung und deren Übergabe an die staatlichen Adressaten wird es natürlich weitergehen. Auch auf juristischer Ebene, vor allem aber öffentlich-politischer. Mit den Menschen, nicht nur aus Bayern, die uns bei der Petition unterstützt haben, mit der durch diese Solidarität gewonnenen Kraft, kann und wird es vorwärts gehen. Deshalb schon jetzt einmal allen herzlichen Dank für die bisherige Solidarität. Wir bleiben dran – und hoffen, dass es bald auch im Freistaat Bayern endlich ein Ende hat mit der Diffamierung der ältesten Organisation von NS-Verfolgten und Antifaschistinnen und Antifaschisten in diesem Land.

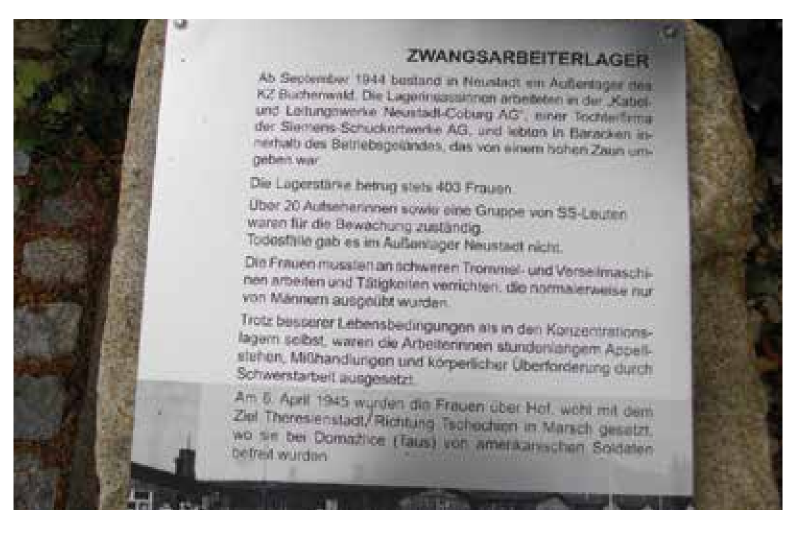
Siemens-Zwangsarbeiterlager in Neustadt bei Coburg

Gedenkstein durch Tafel ergänzt

Seit 1936 existierte das Kabel- und Leitungswerk der Firma Siemens in Neustadt bei Coburg. Im Zuge des Ausbaus der Firma wurden ab 1941 nördlich des Geländes die ersten Baracken aufgestellt, denen 1942 weitere im südlichen Bereich folgten. 1944 wurde dann noch ein »Osttrakt« angefügt.

Zunächst mussten dort Fremdarbeiter und -arbeiterinnen aus der Ukraine, aus Russland, Polen und Italien, aber auch Kriegsgefangene, vor allem aus Frankreich, Zwangsarbeit leisten. Unzureichende Kost löste noch 1942 einen Arbeits- bzw. Verpflegungsstreik aus, 48 russische Arbeiter und 50 russische Frauen klagten darüber hinaus auch über die »unwürdige Unterbringung«. Die eingeschaltete »Deutsche Arbeitsfront« (DAF) hielt die »Beanstandungen« jedoch für unzutreffend, vereinzelte Verhaftungen wurden durch die Gestapo vorgenommen, und so musste die Arbeit zwangsweise aus Angst vor weiteren Bedrohungen fortgesetzt werden.

1943/44 betrug die gesamte Belegschaft des Kabelwerkes 1.746 Personen, darunter sind etwa 600 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen zu zählen. Auf Antrag der Firma Siemens wurden dann im Jahr 1944 weitere 400 Frauen zur Zwangsarbeit nach Neustadt bei Coburg gebracht. Diese Frauen, alles Ungarinnen jüdischen Glaubens, waren vorher in Auschwitz als arbeitsfähig selektiert und dann in das Frauen-KZ Ravensbrück verschleppt worden. Nach kurzer Quarantänezeit kamen sie in Viehwaggons nach Neustadt. Das Lager wurde vom 26. September 1944 bis zum 6. April 1945 als eines der vielen KZ-Außenlager von Buchenwald geführt. Die Auflösung erfolgte dann im April 1945 mit einem Todesmarsch in Richtung Flossenbürg und weiter bis Domaslice.



In Zusammenarbeit mit Elke Pudszuhn (Thüringer VVN/BdA), Klaus Dimler (LAG Buchenwald) und der VVN/BdA Bamberg gedachten wir der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im Rahmen der Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag der Befreiung am 2. Mai 2015 vor Ort, auch unter Beisein von Vertretern der Stadt und des Landkreises Coburg. Nur ein einsam stehender Gedenkstein mit der Aufschrift »Die Würde des Menschen ist unantastbar« erinnerte seit 2014 an das in Neustadt weitgehend unbekannte Lager.



Der bisherige Gedenkstein und die neue Informations-Tafel. Fotos: I.K.

Nach unserer Gedenkfeier erbaten wir bei der Stadt einen zusätzlichen, konkreten Hinweis auf das Lager. Verschiedene Briefwechsel folgten, mit dem Ergebnis, dass der bisherige Gedenkstein jetzt mit einer Zusatztafel ergänzt wurde, auf der ausdrücklich das Lager und die Zwangsarbeit benannt werden. Ein schöner Erfolg für uns. Zum Jahrestag des Todesmarsches 2016 werden wir wieder vor Ort an das Lager und seine Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen erinnern.

Noch immer einer der größten antifaschistischen Vereine der Hauptstadt

25 Jahre Bund der Antifaschisten Treptow

Wie die Zeit vergeht: In diesem Jahr jährt sich die Gründung unseres Vereins, der zunächst »ANTIFA-TREPTOW« hieß und später in »Bund der Antifaschisten Treptow« umbenannt wurde, zum 25. Mal. Walter Sack, zu DDR-Zeiten langjähriger Stadtbezirksbürgermeister von Berlin-Treptow, und 40 weitere Persönlichkeiten unterzeichneten den Gründungsaufruf, darunter die Schauspieler Gerry Wolff, Lotte Loebinger, Christel Bodenstein und Willi Schwabe, die Schriftstellerinnen Ruth Werner und Gisela Karau, Walter Bartel vom Internationalen Buchenwald-Komitee, der Historiker Ernst Engelberg, der Graphiker Oliver Harrington, der Musikwissenschaftler Dieter Zechlin, der Filmregisseur Günter Reisch.

In seinem Gründungsjahr zählte unser Verein annähernd 400 Mitglieder. Sie alle nahmen sich damals vor, das antifaschistische Erbe zu bewahren, die guten Traditionen weiterzuführen, gegen Neofaschismus, Fremdenhass und Antisemitismus aufzutreten. Diese Aufgabenstellung ist für die Mitglieder des Vereins so aktuell wie vor 25 Jahren, als wir gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow protestierten, zumal sich die Bundeszentrale der NPD noch immer in unserem Bezirk befindet.

Dem erklärten Ziel des Vereins, einen lebendigen, unorthodoxen, von Einseitigkeit und parteipolitischer Instrumentalisierung befreiten Antifaschismus zu pflegen, dienten und dienen alle Anstrengungen und Aktionen: Foren, Diskussionsrunden, Kundgebungen und Meetings im PRO in der Kiefholzstraße 275, in Schulen, Seniorenheimen, Jugendklubs und anderen Einrichtungen. Zu den Höhepunkten zählten und zählen die jährlichen Feiern zum Tag der Befreiung am sowjetischen Ehrenmal in Treptow und zum Gedenktag für die Opfer der NS-Pogromnacht vom November 1938 sowie die Tage der Erinnerung, Mahnung und Begegnung am zweiten Septembersonntag jeden Jahres.

Persönlichkeiten von Rang und Namen konnten für unsere Veranstaltungen gewonnen werden: Altbischof Schönherr, Lothar de Maizière, Manfred Bofinger, Walter Womacka, Karl Gass, Gregor Gysi, Schriftsteller wie Herrmann Kant, Elfriede Brüning, Rosemarie Schuder, Walter Kaufmann, um nur einige zu nennen.

Anziehungspunkte ersten Ranges waren auch zahlreiche Ausstellungen in unserer Begegnungsstätte PRO, z. B. »Juden in Treptow«, »Deutsche in der Résistance«, »Rechtsextremismus und Antifaschismus vor unserer Haustür«, »Jugendliche sehen unsere Umwelt«.

Schon in den ersten Jahren seines Bestehens wurden vom BdA-Treptow entwickelte Projekte durchgeführt: »In memoriam: Deutsche Antifaschisten - Opfer des ‚Großen Terrors' in der UdSSR«, »Frauen im Widerstand«, »Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkrieges«, »Treptower Schulen gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit«, »Lern- und Lehrmittel über den Nationalsozialismus«. Dafür wurden für 40 Kolleginnen und Kollegen ABM-Stellen eingerichtet. Besonders enge Beziehungen verbanden und verbinden uns mit den Schulen des Bezirks, mit Schülern und Pädagogen. So hat unser inzwischen verstorbenes Mitglied Dr. Klaus Sternberg in Tausenden von Unterrichtsstunden antifaschistische Geschichte vermittelt, wofür ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen wurde.

Hohen Stellenwert hatten bei Schülern und Lehrern die Exkursionen mit ehemaligen Häftlingen, unseren Zeitzeugen, zu Gedenkstätten des Widerstandes, beispielsweise nach Sachsenhausen oder Ravensbrück.

Leider fordert hier die Zeit ihren Tribut. Nicht wenige unserer Kameradinnen und Kameraden sind dazu leider nicht mehr in der Lage oder bereits verstorben. Heute zählt unser Verein noch 90 Mitglieder.

Den Verstorbenen ein bleibendes Andenken zu bewahren, ihr antifaschistisches Vermächtnis zu ehren und zu erfüllen, bleibt eine unserer vorrangigen Aufgaben für die Zukunft. So konnte nach unserem jahrelangen Drängen eine Gedenktafel für unser ehemaliges Mitglied Dora Schaul, eine in Frankreich hoch geehrte Résistance-Kämpferin, enthüllt werden. Für unser ehemaliges Mitglied Ruth Werner indes verweigert die antikommunistische Mehrheit des offiziellen Treptow-Köpenick, übrigens schon vor Jahren gemeinsam mit Abgeordneten der neofaschistischen NPD in der Bezirksverordnetenversammlung, nach wie vor jede öffentliche Ehrung.

Um ein bleibendes Gedenken an Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus zu gewährleisten, geht es uns auch mit unserem Stolperstein-Projekt. Bislang wurden auf unsere Initiative in Treptow über 40 Stolpersteine für jüdische Opfer, Zeugen Jehovas und andere Widerstandskämpfer verlegt. Gefragt ist unsere Mitarbeit, sind unsere Erfahrungen im Treptower Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus wie auch unsere Beteiligung an den seit einigen Jahren stattfindenden Festen der Demokratie am Bahnhof Schöneweide, einem der Schwerpunkte neonazistischer Umtriebe in Berlin, gerade auch gegen die zu uns kommenden Flüchtlinge.

Kurzum: In den 25 Jahren ist der BdA-Treptow zu einem wichtigen und unverzichtbaren Partner der antifaschistischen Arbeit im Bezirk und darüber hinaus geworden, und noch immer einer der größten antifaschistischen Vereine der Hauptstadt.

Rolf Schiek

Kundgebung zum 70. Jahrestag der Befreiung, 8, Mai 2015, sowjetisches Ehrenmal Treptow Fotos: BdA Treptow

Sonnenburg/Słońsk
Ein europäischer Gedenk- und Lernort

Internationale Tagung der Berliner VVN-BdA und Helle Panke e. V. am 5. Dezember 2015, von 10.00 bis 17.00 Uhr im Haus der Demokratie und Menschenrechte (Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin)

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des KZ und Zuchthauses Sonnenburg kann Jugendlichen europäische Perspektiven der Erinnerung an die Verbrechen des Naziregimes und Zugänge zu Möglichkeiten des Widerstands gegen den Faschismus in Deutschland und im besetzten Europa eröffnen. In gemeinsamen Workshops haben sich in diesem Jahr Schülerinnen und Schüler aus Słońsk und Fürstenwalde der Geschichte in Sonnenburg und der Gegenwart von Słońsk genähert. Das Ergebnis ihrer gemeinsamen Spurensuche zeigt ein Film, mit dem wir die Tagung eröffnen. Die zentrale Frage der Tagung wird sein, wie es gelingen kann, unter Jugendlichen das Interesse an historischer Verfolgung und Widerstand zu wecken und mit ihnen die Vergangenheit in die Gegenwart zu übersetzen.

Weitere Informationen unter: Helle Panke Veranstaltungen, Anmeldung bitte unter info@helle-panke.de , telefonisch unter (030) 47 53 87 24, oder per Post an Helle Panke e. V. Kopenhagener Str. 76, 10405 Berlin

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin
Tel.: (030) 55 57 90 83-0 Fax: (030) 55 57 90 83-8,
Internet: berlin.vvn-bda.de
E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!
Spendenkonto: Postbank Berlin
IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05
BIC: PBNKDEFF

Die Würde der Polizei ist auch im Zweifel unantastbar

VVN-Mitglied zu 60 Tagessätzen verurteilt

Mitte Oktober verurteilte das Amtsgericht Moabit nach einer Berufungsverhandlung ein Mitglied der Berliner VVN-BdA zu 60 Tagessätzen. Der Angeklagte hatte vor zwei Jahren gegen eine Rallye der NPD protestiert, die sich gegen Flüchtlingsunterkünfte in verschiedenen Stadtteilen richtete.

Statt die Flüchtlinge zu schützen und das rassistische Treiben vor den Flüchtlingsheimen zu unterbinden, waren die Einsatzkräfte damit beschäftigt, den Abstand der Gegendemonstranten zu der Nazi-Crew möglichst zu vergrößern. Dem Anliegen der NPD, die Unterbringung von Flüchtlingen in Berlin zu behindern und möglichst zu unterbinden, verschaffte die Polizei mit ihren Einsatz einen weitgehend störungsfreien öffentlichen Raum. Die Zivilcouragierten waren, wie wir es immer wieder erleben, ein Störfaktor im rassistischen Demonstrationsalltag. »Gesicht zeigen« hatte für die Protestierenden zur Folge, dass sie von der Polizei ständig abgedrängt und auch noch ungefragt digital abgelichtet wurden.

Das in Moabit angeklagte Mitglied unseres Verbandes zeigte bei jedem Zwischenstopp nicht nur sein Gesicht, sondern auch die Fahne der VVN gegen die rassistischen Hetztiraden der NPD. Ein vor ihm in der Polizeikette stehender Beamter fühlte sich indes nicht von den Nazis, sondern von der VVN-Fahne belästigt und in seiner Dienstausübung gestört, da sie seine Sicht behinderte und sein Gesicht hätte streifen können. Dieser »Freund und Helfer« verlangte, dass sich der Fahnenträger in einen gebührenden Abstand von der Polizeikette zu entfernen habe. Der herbeigerufene Einsatzleiter sah darin keine Beeinträchtigung des Protestes des Gegendemonstranten. Stattdessen forderte er, die VVN-Fahne einzurollen. Erheblich verärgert, entfernte sich unser Mitglied. Die beim Weggehen geäußerte Empörung wurde als Beleidigung der Polizei ausgelegt, führte zu der Verhandlung vor dem Amtsgericht und zu einer strafrechtlichen Verurteilung.

Die Verteidigung verwies in dem Berufungsverfahren daraufhin, dass der Angeklagte sich inzwischen bei dem Zugführer entschuldigt und ihm sogar ein Schmerzensgeld angeboten habe. Diese Läuterung verwarf der Staatsanwalt als zu spät und unglaubwürdig. Unser VVN-Mitglied stellte in seinem Schlusswort den Zusammenhang der Demonstration vor zwei Jahren mit den aktuellen Gewaltexzessen in Heidenau und anderen Orten her, die Flüchtlinge und ihre Unterkünfte angriffen. Es sei Pflicht, sich dagegen zu wehren.

Immer wieder ist die VVN-Fahne Polizei und Staatsanwaltschaft ein Dorn im Auge. Jetzt gibt es eine ausgesprochen leckere Version der Fahne, hergestellt von unserer Praktikantin Nici. Nicht für einen Gebrauch à la Hollywood gedacht.

Davon unberührt, betonte die Richterin indes, dass von dem Fahnenträger und der VVN-Fahne eine erhebliche Beeinträchtigung der verantwortungsvollen Tätigkeit der Polizisten ausgegangen sei. Schließlich sei die Würde und körperliche Unversehrtheit der Polizeibeamten zu schützen. Auch sie wies die Entschuldigung des Angeklagten als unglaubwürdig zurück und bestätigte das bisherige Strafmaß.

Dies ist im Herbst 2015 ein verheerendes Signal. Das Gericht hat vor dem Hintergrund ansteigender Gewalt gegen Flüchtlinge, deren Helfern und Unterstützern ein Urteil gestützt, dass der NPD und den Rassisten praktisch in die Hände spielt. Um die Würde des Angeklagten machte sich das Gericht indes keine Sorgen: Als Referendar im Staatsdienst hätte die folgenschwere Bestätigung des bisherigen Urteils dazu führen können, dass der Angeklagte seine bisherige berufliche Ausbildung abbrechen muss. Unser Berliner Verband protestiert gegen dieses folgenschwere Urteil. Unsere Solidarität gilt Dietrich. Schön, dass wir jetzt berichten können, der Arbeitgeber hat zumindest signalisiert, dass es zu diesem Schritt nicht kommen wird und Dietrich sein Referendariat beenden darf.

Angesichts von 70.000 Flüchtlingen in Berlin erwarten wir von der Versammlungsbehörde der Berliner Polizei, dass Demonstrationen von Nazis und Rassisten vor Flüchtlingsunterkünften nicht mehr genehmigt werden. Hierfür sollte die Politik zügig den rechtlichen Rahmen schaffen und als einen der ersten praktischen Schritte endlich die NPD verbieten.

Hans Coppi



…immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

Montag, 16. November 2015, 18.30 Uhr: Wissenschaft und Widerstand: Elisabeth Schiemann in der NS-Zeit

Die Botanikerin und Genetikerin Elisabeth Schiemann (1881-1972) war eine der ersten Professorinnen in Deutschland. Sie war die anerkannte Forscherin und Gelehrte auf dem Gebiet der Geschichte der Kulturpflanzen. Als Genetikerin setzte sie ihre Fachkompetenz in der Kirche zur Aufklärung gegen die Rassenideologie der Nazis ein und rief maßgebliche Theologen zu entschlossenerem Eingreifen gegen die Judenverfolgung auf. Zusammen mit ihrer Schwester versteckte sie mehrere Verfolgte. 1940 wurde sie aus politischen Gründen als Professorin von der Berliner Universität entlassen. Die Gedenkstätte Yad Vashem ehrte sie mit dem Titel »Gerechte unter den Völkern«. Die Stadt Berlin lehnt ein Ehrengrab für die entschiedene Nazi-Gegnerin ab: Ein »fortlebendes Andenken in der allgemeinen Öffentlichkeit« sei nicht feststellbar.

Die Historikerin Marina Voigt (Gedenkstätte Deutscher Widerstand) und der Mathematiker Reiner Nürnberg, dessen Mutter Schülerin und Mitarbeiterin von Elisabeth Schiemann war, stellen Facetten des Lebens und Wirkens einer außergewöhnlichen Frau vor.

Reiner Nürnberg, Ekkehard Höxtermann, Martina Voigt (Hrsg.): »Elisabeth Schiemann (1881-1972) - Vom AufBruch der Genetik und der Frauen in den UmBrüchen des 20. Jahrhunderts.«

Montag, 21. Dezember 2015, 18.30 Uhr: Gina Pietsch & Bardo Henning: Wir sind auch noch da. Ein Kurt Tucholsky-Abend

Drei Tage vor Heiligabend, am 21. Dezember 1935 war es, dass er starb, wahrscheinlich seinem Leben ein Ende setzte. Einen aufgehörten Dichter und aufgehörten Deutschen hatte er selber sich schon ein Dutzend Jahre zuvor genannt, schwer verständlich für uns, da er zu diesem Zeitpunkt in Deutschland noch ein wirklich erfolgreicher Dichter und Publizist war. Die Kultur fängt da an, wo die Bankdirektors aufhören: bei der tätigen radikalen Politik, die die Welt nach oben reißen will, sagt er 1926 und tut das am erfolgreichsten mit Satire. Satire, die nach seinem Verständnis immer auf Seiten der Opposition steht, unabhängig von Parteien, aber mit unendlichem Hass auf Krieg und Militarismus und Spießertum und Dummheit und Kadavergehorsam und Hundehalter und Bankdirektoren und, und, und…



Abschlusspodium der Konferenz (v. l.): Mattias Rogg, Hannes Heer, Dietrich Kuhlbrodt, Ulrich Hentschel, Fredrik Dehnerdt, Detlef Garbe Foto: Georg Chodinski

Ich habe gestern, am 10. Oktober, an der Konferenz »70 Jahre Kriegsende. 20 Jahre Wehrmachtsaustellung. Das Ende der Legende von der ‚sauberen' Wehrmacht und die neuen Legenden« teilgenommen und bin von ihr sehr bewegt, nachdenklich nach Hause gekommen. Nicht nur, weil ich manches Neue erfahren habe, sondern auch, weil sie Bilder in meinem Kopf hervorrief, z. B. die Bilder von Esther Bejarano und auch meinem Sohn im Strahl der Wasserwerfer, als sie 2004 mit vielen anderen anlässlich der neuen Wehrmachtsausstellung gegen den Naziaufmarsch in Winterhude protestierten.

Als von den Unterschieden der ersten Wehrmachtsausstellung (1995-1999) und der zweiten (2001-2004) die Rede war, blieb mir die Formulierung »Taten ohne Täter« im Kopf hängen. Ein Kennzeichen der ersten Ausstellung war eine Vielzahl von Bildern aus Fotoalben gewesen, die den Mord an Juden, Geiseln, Partisanen dokumentierten und von den Familien der deutschen Soldaten für wert gehalten worden waren, im Familienalbum bewahrt zu werden. Die eigentlichen Täter kamen auf diesen Fotos nicht vor, aber sie signalisierten, was im Kopf des Fotografierenden vorgegangen sein musste: kein Mitleid mit den Opfern, sondern Stolz auf die Bewährung im Kriegsalltag. In der zweiten Ausstellung kamen diese »privaten« Bilder nicht oder kaum mehr vor. Sie wurden ersetzt durch Bilder von Schreibtischtätern in Wehrmachtsuniform. So wichtig es ist, diese Täter zu benennen, diejenigen, die die »Alltagsarbeit« der Wehrmacht verrichteten, schienen nicht mehr verantwortlich zu sein.

Auch die Massaker in Distomo und Sant'Anna die Stazzema scheinen »Taten ohne Täter« zu sein. Zwar attestiert Bundespräsident Gauck den Angehörigen sein Mitgefühl, aber die Täter werden in Deutschland nicht vor Gericht gestellt. Zahlen will Deutschland auch nicht, es seien eben Kollateralschäden eines »ganz normalen« Krieges gewesen.

Im Begleittext zu dieser Konferenz werden Zahlen genannt: Der Terror Nazi-Deutschlands hatte mindestens 39 Millionen unschuldiger Menschen das Leben gekostet: 27 Millionen Menschen aus der Sowjetunion, darunter zwei Millionen Juden, sechs Millionen Polen, die Hälfte davon Juden, 400.000 Tschechoslowaken, zwei Millionen Jugoslawen, 1,5 Millionen Kriegs- und Besatzungsopfer und eine Million Juden aus dem übrigen Europa, eine halbe Million Sinti und Roma und 250.000 »Euthanasie«-Opfer. Zwar ist der Völkermord an den Juden offiziell und öffentlich anerkannt, aber der Genozid an den Völkern Ost- und Südosteuropas ist ebenso wie die Beteiligung der Wehrmacht am Völkermord im öffentlichen Bewusstsein bis heute trotz Wehrmachtsausstellung nicht angekommen. Kalter Krieg und Antikommunismus konnten nahtlos an die Lüge von der »bolschewistischen Gefahr« anknüpfen und diese Erkenntnis verhindern.

So ist es als Erfolg zu verbuchen, dass auf dem Hamburger Deserteursdenkmal der Satz stehen wird: »Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.«

Den Veranstaltern dieser Konferenz, der Evangelischen Akademie der Nordkirche, der GEW Landesverband Hamburg, der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und der Kulturfabrik Kampnagel, sei für diese Veranstaltung gedankt.

Ilse Jacob

Ruth Dräger – deportiert nach Theresienstadt

Eine Kämpfernatur mit Humor und Energie

Jeden ersten Mittwoch im Monat kommt Ruth in unser »Begegnungscafé für die Verfolgten des Nazi-Regimes« in Hamburg, eine kleine Frau von 87 Jahren, mit lebhaften Augen, die aufmerksam und kritisch ihre Umwelt wahrnehmen. Man sieht ihr nicht an, welches schwere Schicksal hinter ihr liegt. Sie strahlt Humor und Energie aus.

Ruth Dräger

Ruth ist in einem jüdischen Waisenhaus in Hamburg aufgewachsen, eine Zeit, die sie als glücklich bezeichnet. Sie liebte ihre Freundinnen und hing an den Erzieherinnen. Zum Laubhüttenfest wurden alle Kinder zum Rabbiner Joseph Carlebach eingeladen! An den Wochenenden besuchte sie die Großeltern und die minderjährige Mutter.

Die Nazis veränderten ihr Leben auf dramatische Weise, als im Herbst 1938 die acht Familienmitglieder im »Judenhaus« in der Bornstraße 22 eine kleine Ladenwohnung beziehen mussten, um dort Zwangsarbeit zu verrichten. Ruth erlebte Momente voller Angst, wenn Kinder und Erwachsene sie auf dem Schulweg beschimpften und sogar mit Steinen bewarfen. Nie wird sie den SS-Mann vergessen, der sie anschrie: »Bist du Judensau immer noch hier?«

Am 10. Juli 1942 sollten alle Bewohner des Kinderheims deportiert werden. Am Abend vorher kam ihr Großvater, um Ruth in der Dunkelheit abzuholen. Eine Erzieherin hatte ihn gewarnt.

Doch im März 1943 traf es die ganze Familie. Alle, bis auf die Großeltern, wurden zusammen in Lastwagen verladen und zum Hannoverschen Bahnhof gekarrt. Nach tagelanger Fahrt in Enge und Schmutz trafen sie in Theresienstadt ein. Die 15-jährige Ruth – ein Kind noch – wurde zu schwerer körperlicher Arbeit gezwungen. Hinzu kamen die Nächte in Kälte, Hunger und Angst vor dem, was die Zukunft bringen konnte. Es wurden ja immer wieder Transporte in den Osten zusammengestellt.

Ruth und fast die ganze Familie gehörten zu den wenigen nach Theresienstadt deportierten Hamburgern, die, wenn auch seelisch und körperlich versehrt, das Grauen der Jahre überlebten. Fortan trauerten sie um einen Onkel und eine Tante, die an andere Orte deportiert und ermordet worden waren.

Auch die Nachkriegsjahre waren harte Jahre. Aber Ruth ist eine Kämpfernatur, die sich auch durch eine schwere Krankheit nicht geschlagen gab. Enttäuschungen und Benachteiligungen haben sie nicht bitter werden lassen, auch nicht, als ein Rentengesuch wegen ihres Rheumaleidens und immer wieder auftretender Depressionen abschlägig beschieden wurden. Die Behörden sahen keinen Zusammenhang zwischen ihren Leiden und der Verfolgung durch die Nazis. Wundert uns das? Erst 1993 wurde ihr ein regelmäßiger kleiner Betrag aus einer Stiftung zugesprochen.

Ruth, wir möchten Dich noch viele Jahre bei uns im Begegnungscafé sehen! Lebe 120 Jahre!

Quelle: Karin Guth: Bornstraße 22 – ein Erinnerungsbuch

Norma van der Walde

Hamburger VVN-BdA Termine

Sonnabend, 14. November, 13.30 Uhr
Demonstration »Refugees Welcome heißt gleiche Rechte für alle!«
Start: Steintorwall, Hamburg

Dienstag, 24. November, 15.00 Uhr
Einweihung des Hamburger Deserteursdenkmals
Ort: Stephansplatz »Kriegsklotz«, Hamburg

Donnerstag, 26. November, 19 Uhr: Es kann legitim sein, was nicht legal ist. Martin Löwenberg – ein Leben gegen Faschismus, Unterdrückung und Krieg, von Petra Gerschner und Michael Backmund. Fast zwei Jahrzehnte begleiteten die Filmemacher und -macherinnen den Widerstandskämpfer und ehemaligen KZ-Häftling Martin Löwenberg (geboren 12. Mai 1925) mit der Kamera. Als Jugendboxer trainierte Martin Löwenberg im Breslauer Postsportverein Stephan und verprügelte in der Freizeit mit seinen Freunden mehrfach den Streifendienst der Hitlerjugend. Später arbeitete er mit seinem älteren Bruder Fred in einem organisierten Widerstandsnetzwerk und unterstützte osteuropäische Zwangsarbeiter. Im Mai 1944 nahm ihn die Gestapo fest. Nach tagelangen Verhören wurde er deportiert und musste im KZ-Außenlagern Thil und Leitmeritz bis zu seiner Befreiung selbst Zwangsarbeit in unterirdischen Stollen leisten. Der Film dokumentiert auch das politische Engagement von Löwenberg nach 1945 gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik, seine Verfolgung als Kommunist genauso wie seine Unterstützung von Roma-Flüchtlingen in der KZ-Gedenkstätte Dachau, die Verhinderung von Naziaufmärschen oder seinen Kampf für die Entschädigung von ehemaligen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen. Martin Löwenberg ist Gründungsmitglied der VVN. Eine Kooperationsveranstaltung: GWA St. Pauli, Rosa-Luxemburg-Stiftung, VVN-BdA
Ort: Kino 3001, Schanzenstraße 75, 20357 Hamburg

Donnerstag, 3. Dezember, 17 Uhr
Gedenkfeier für Billstedter Widerstandskämpfer u. Widerstandskämpferinnen: »Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart«. Veranstalterin: VVN-BdA Hamburg-Mitte
Ort: Gedenkstein vor dem Kundenzentrum Billstedt (ehemaliges Ortsamt), Öjendorfer Weg 9, Hamburg

12. September - Große antifaschistische Demonstration in Hamburg

Kein Tag der »deutschen Patrioten«

Eigentlich wollten viele hundert rechte Hooligans und Neonazis in Hamburg zum sogenannten »Tag der deutschen Patrioten« (TDDP) aufmarschieren. Unter diesem Label wollten sich Anhänger und Anhängerinnen aus dem Spektrum der mit den Krawallen in Köln bekannten »Hooligans gegen Salafisten« (HoGeSa) mit anderen rechts-offenen Hooligan-Bündnissen, Resten der norddeutschen PEGIDA-Gruppen und organisierten Neonazis zusammentun, um in Hamburg nach langer Zeit mal wieder einen Aufmarsch der Rechten auf die Beine zu stellen.

Dem stellte sich ein breites antifaschistisches Bündnis entgegen. Der Aufruf des »Hamburger Bündnisses gegen Rechts«, den geplanten Aufmarsch nicht widerstandslos hinzunehmen, wurde von mehr als 630 Organisationen, Parteien und Gruppen unterzeichnet – ein wirklich starkes Zeichen antifaschistischer Öffentlichkeit.

Lange zögerte jedoch der Hamburger Senat. Man wolle den Aufmarsch nicht durch zusätzliche Öffentlichkeit unnötig aufwerten. Die weitere Entwicklung, vor allem eine sehr breite antifaschistische Mobilisierung für eine große Bündnisdemonstration am 12. September »überzeugte« letztendlich wohl auch den Senat, seine Strategie zu ändern. Es wurde das Bündnis »Hamburg bekennt Farbe« reaktiviert und zu einer öffentlichen Kundgebung gegen den Nazi-Hooligan-Aufmarsch aufgerufen.

Kein »Tag der deutschen Patrioten« Foto: Reinhard Schwandt

Das Verbot

Gleichzeitig sprach die Versammlungsbehörde ein Verbot des Aufmarsches aus. Bekanntermaßen wandte sich der Anmelder gegen das Verbot und zog vor das Verwaltungsgericht, später auch vor das Oberverwaltungsgericht Hamburg (OVG) und schließlich vor das Bundesverfassungsgericht (BVerfG). Der Beschluss des BVerfG übernahm aus Mangel an Zeit die Argumentation des OVG.

So meldete das OVG Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verbots an. Für das Gericht war es nicht ersichtlich, dass der Nazi-Hooligan-Aufmarsch als unfriedlich anzusehen sei. Dies, obwohl im Netz der Aufmarsch mit Videos über die Ausschreitungen in Köln beworben wurde. Vielmehr wähnte es mögliche »gewaltorientierte Gegner aus dem linken Spektrum«. Auch hatte es Zweifel an dem vorgetragenen »polizeilichen Notstand« für den Tag des Aufmarsches.

Trotzdem sei der Aufmarsch zu verbieten, da sowohl ein Aufmarsch als auch eine stationäre Kundgebung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dazu führen würden, »dass die Gesundheit der Teilnehmer der Versammlung, der sie schützenden Polizeibeamten, von Gegendemonstranten sowie unbeteiligten Dritten verletzt wird.« Das angeblich berechtigte Interesse der Nazis auf Demonstrationsfreiheit habe dahinter zurückzustehen.

Der 12. September

Am Tag des nunmehr endgültig verbotenen Nazi-Hooligan-Aufmarsches gingen rund 20.000 Menschen auf die Straße. Davon sammelten sich 7.000 bei der Veranstaltung des Hamburger Senats auf dem Rathausmarkt. Mehr als 14.000 Menschen kamen zur Demonstration des Bündnisses. Sowohl die teilnehmenden Menschen und ihre Organisationen als auch das Spektrum der Rednerinnen und Redner aus Religionsgemeinschaften, Parteien, Gewerkschaften, dem Sport, migrantischen Verbänden, antifaschistischen und antirassistischen Initiativen spiegelten das breite Spektrum des »Hamburger Bündnisses gegen Rechts« wider. So wurden die Aktivitäten gegen den Aufmarsch zu einer der größten antifaschistischen Demonstrationen seit Jahrzehnten und stellen besonders vor dem Hintergrund des Verbots des Nazi-Hooligan-Aufmarschs einen unglaublichen Erfolg der antifaschistischen Kräfte in Hamburg dar.

Das »Hamburger Bündnis gegen Rechts« dankt ausdrücklich allen, die zu diesem Tag aktiv geworden sind und durch ihr Engagement dazu beitrugen, den Neonazis eine empfindliche Niederlage in Norddeutschland beizubringen!

Hamburger Bündnis gegen Rechts

(Kurzfassung einer Auswertung, die das »Hamburger Bündnis gegen Rechts« demnächst veröffentlichen wird.)

Landesgeschäftsstelle VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg, Telefon: 040 / 31 42 54, E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA! Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, HASPA, IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183, BIC: HASPDEHHXXX

Thema Neofaschismus an nordhessischen Schulen

»Vorsicht Rechtsextremismus«

Unter diesem Titel zeigte in Osthessen die Bad Hersfelder Initiative »Bunt statt braun« in verschiedenen Schulen des Landkreises eine Ausstellung zum Thema Neofaschismus in Nordhessen.

Entwickelt wurde die Ausstellung vom Mobilen Beratungsteam Hessen gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur.

Die Hersfelder Initiative, in der Vertreter des Ausländerbeirates, von Gewerkschaften und Initiativen sowie VVN-Mitglieder mitarbeiten, konnte die Ausstellung in den Wochen zwischen Sommerferien und Herbstferien an fünf Schulstandorten präsentieren. Die Eröffnung mit großer Teilnahme und guter Presseresonanz fand im Schulzentrum Obersberg statt. Helge von Horn, der die Ausstellung konzipiert hatte, sprach zur Eröffnung und machte deutlich, in welchen Formen neofaschistische Gruppen und Netzwerke auch in Nord- und Osthessen aktiv sind.

Zahlreiche Klassen nutzten anschließend die Möglichkeit, sich in der Ausstellung mit dem Thema Auseinandersetzung mit Neofaschismus zu beschäftigen. Auch die Eltern, die in dieser Woche in den beteiligten Schulen zu den anstehenden Elterninformationsabenden kamen, waren eingeladen, die Ausstellung zu besichtigen.

Anschließend wurde die Ausstellung in der Geistalschule Bad Hersfeld und der Blumensteinschule Obersuhl, zwei Gesamtschulen, gezeigt. Auch hier gab es öffentliche Debatten zum Thema. Den Abschluss bildeten die Jacob-Grimm-Schule Rotenburg/Fulda und die Beruflichen Schulen Bebra, in der auch Klassen mit Auszubildenden sich mit dem Thema beschäftigten.

Die Initiative »Bunt statt braun« zog eine positive Bilanz dieser Wochen. Auch wenn es glücklicherweise keine aktuellen Vorfälle extrem rechter Übergriffe in der Region gab, stieß das Thema auf großes Interesse. Für das Frühjahr 2016 sind weitere Aktivitäten geplant.

Ulrich Schneider

Eine Initiative nach erfolgreichen Bündnis-Veranstaltungen

Wiederaufbau einer VVN-BdA in Osthessen

Die Umbrüche in der VVN-BdA durch Generationswechsel und das Ausscheiden aktiver Mitglieder führen manchmal dazu, dass alte Strukturen der Organisation einschlafen. Nun sind verschiedene Mitglieder der VVN-BdA wieder dabei, solche Strukturen in Osthessen zu reaktivieren.

Die Landkreise Fulda, Vogelsberg und Hersfeld-Rotenburg sind für die antifaschistische Bewegung ein schwieriges Pflaster. In den siebziger und achtziger Jahren gelang es, durch großartige antifaschistische Aktivitäten (z. B. die Proteste gegen das Neujahrstreffen der Wiking-Jugend in Hilders/Rhön oder gegen die SS-Treffen in Bad Hersfeld und Obersuhl) in Fulda und in Bad Hersfeld eigene Kreisvereinigungen der VVN-BdA aufzubauen. Sie waren Kulminationspunkte antifaschistischer Arbeit und anerkannte Partner der politischen Arbeit in der Region. Durch verschiedene personelle Veränderungen, darunter der Wegzug aktiver Mitglieder, aber auch der Tod von wichtigen Persönlichkeiten, kam diese Arbeit weitgehend zum Erliegen.

Im Frühjahr dieses Jahres startete in Fulda die Initiative »Fulda stellt sich quer« mit vielfältigen Veranstaltungen, einem Konzert und einer Lesung mit Esther Bejerano und der Microphone Mafia. Die Resonanz war überwältigend. Über 1.200 Jugendliche kamen zur Lesung. Etwa 800 Besucher waren im Konzert und zwei Tage später lauschten gut 60 Besucher der Lesung von Alice Cziborra und Ulrich Schneider aus Peter Gingolds Erinnerungen.

Mit einer solchen Resonanz hatte niemand gerechnet. Antifaschismus ist offenkundig in der Region ein verbindendes Moment für demokratische Kräfte.

In Auswertung der bisherigen Aktivitäten und der positiven Erfahrungen der gemeinsamen Arbeit kamen nun Mitglieder der VVN-BdA aus der Region zusammen, um zu überlegen, wie es gelingen kann, diesen politischen Schwung mitzunehmen und wieder eine Kreisorganisation der VVN-BdA aufzubauen. Diese Organisation soll nicht die erfolgreiche Arbeit der Netzwerke ersetzen, eine feste Organisation kann aber dazu beitragen, solchen Bündnissen Stabilität zu verleihen, da die VVN-BdA auch dann weiterarbeitet, wenn es keine aktuellen Auseinandersetzungen mit Neofaschismus, Rechtspopulismus oder Rassismus gibt.



70 Jahre Befreiung vom Faschismus

Ein Tag mit Esther Bejarano in Fulda

Esther übergab in Fulda zwei jungen Antifaschisten als Staffelstab die Fackel der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten.

Der Initiativkreis verständigte sich darüber, welche Ansatzpunkte einer zukünftigen Arbeit möglich wären und plant für Ende November eine erste öffentliche Veranstaltung in Fulda. Eingeladen werden sollen dazu auch engagierte Antifaschisten, die in der Vergangenheit im osthessischen Raum aktiv waren. Mit Blick auf solche Traditionen soll ein Neuanfang gestartet werden.

Ulrich Schneider

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen! Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02
BIC: PBNKDEFF

Gegen NPD-Parteitag

Gegen den am 21/22. November in der Stadthalle in Weinheim/Bergstraße stattfindenden NPD-Bundesparteitag hat die Initiative Nazifreies Weinheim ein Konzept des zivilen Ungehorsams aus Blockaden und Demonstrationen entwickelt. In der Initiative arbeiten Weinheimer Nazigegner mit VVN-BdA-Mitgliedern sowie Antifaschisten und Antifaschistinnen aus Heidelberg, Mannheim, Worms und Frankfurt zusammen.

Die Aktionen beginnen am frühen Samstagmorgen, gehen über in eine Demonstration mittags um 13.00 Uhr und ziehen sich bis zum Sonntag hin. Rund um die Stadthalle sind ab Samstagmorgen sechs Mahnwachen angemeldet.

Am Freitagabend soll in Weinheim eine große Informationsveranstaltung stattfinden, bei der sich alle mit Informationen versorgen können.

Aus Mannheim soll am Samstag um 7.15 Uhr eine Straßenbahn-Sonderfahrt Gegenaktivisten und -aktivistinnen nach Weinheim bringen; aus Frankfurt ist am frühen Samstagmorgen eine Anfahrt mit Bussen geplant.

Das von den im Stadtparlament Weinheims vertretenen Parteien getragene Bündnis »Weinheim bleibt bunt« will mit einem in Sichtweite zur Stadthalle aufgebauten Festzelt einen kulturellen und politischen Gegenakzent setzen.

Die Gruppe »Weinheim gegen rechts« bietet ein Aktionscamp mit vielfältigem Programm an.

Aktuelle Information zu Gegenaktionen und Fahrmöglichkeiten gibt es unter: www.facebook.com/nzfreiesweinheim; www.antinazi.wordpress.com und: www.blocknpd2015.blogspot.de

Pädagogen fordern festen Platz für Ausbildungsthema NS-Zeit

»Nötig auch für die Gegenwart«

Der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit einen festen Platz im Studium der Erziehungswissenschaften zu geben, fordern die Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik und Benjamin Ortmeyer in einem Appell an die Kultusministerkonferenz, die Wissenschaftsministerien der Länder und des Bundes sowie an alle Universitäten und Hochschulen.

Für die pädagogische Tätigkeit sei nicht nur spezielles Fachwissen eine grundlegende Voraussetzung, sondern insbesondere auch das Wissen über Theorie und Praxis der NS-Pädagogik, »die ihren festen Anteil an der Verbreitung der NS-Ideologie und der Vorbereitung der mörderischen NS-Verbrechen hatte«, betonen Brumlik und Ortmeyer.

Historisches Bewusstsein über die NS-Verbrechen und ihre Dimensionen sei »auch nötig, um Beziehungen zur Gegenwart zu verstehen«.

»Die Gesellschaft in Deutschland überhaupt und in den Schulen insbesondere ist der ständigen Herausforderung ausgesetzt, auf aktuelle antidemokratische und menschenfeindliche Aktionen angemessen zu reagieren. Damit sind nicht allein die auch an der NS-Ideologie orientierte organisierte Neonazi-Szene oder die teilweise mörderischen Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte gemeint. Kernelemente einer Ideologie der Ausgrenzung mit Anleihen bei der NS-Ideologie haben ein breiteres gesellschaftliches Fundament, so dass in wissenschaftlichen Studien zu rechtsextremistischen Einstellungen zu Recht von der ‚Mitte der Gesellschaft' gesprochen wird. Diese Herausforderung anzunehmen, ist auch die Aufgabe der pädagogischen Berufe.«

Die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen, der NS-Ideologie und der NS-Pädagogik müsse »einen festen Platz in den erziehungswissenschaftlichen Fakultäten aller Universitäten und Hochschulen« haben. »Die schon existierenden Ansätze müssen ausgebaut und sollten keinesfalls mit Berufung auf eine ominöse Praxisorientierung beschnitten oder verunmöglicht werden«, heißt es abschließend in dem Appell, der von über zweihundert Unterzeichnern aus Wissenschaft, Kultur und Erinnerungsarbeit unterstützt wird.

Der Appell ist nicht zuletzt eine Entgegnung auf die Versuche an der Frankfurter Goethe-Universität, die Arbeit der von Benjamin Ortmeyer betriebenen Forschungsstelle NS-Pädagogik zu minimieren, indem Lehramtsstudenten für die zweisemestrige Vorlesung zur Pädagogik in der NS-Zeit keine Leistungspunkte mehr bekommen (wir berichteten darüber in der vorigen Ausgabe der *antifa*.

P.C.Walther

Frankfurter VVN-BdA Termine

Jahreshauptversammlung

Am Dienstag, dem 17. November, findet in Frankfurt die Jahreshauptversammlung der Frankfurter VVN-BdA statt. Beginn 18.00 Uhr im Saal der AWO Nordend, Eckenheimer Landstr. 93 (Hintergebäude), wo sich auch das Büro der VVN-BdA befindet. Neben der Neuwahl des Sprecher-und Sprecherinnen-Kreises soll vor allem darüber beraten werden, »wie es mit der Frankfurter VVN weitergehen kann«.

Gingold-Lesung

Am Freitag, dem 13. November, findet um 19.30 Uhr in Frankfurt-Niederrad, im Gemeindezentrum der Ev. Paul-Gerhard-Gemeinde, Gerauer Straße 52, eine Lesung aus den Erinnerungen von Peter Gingold statt, die er in seinem Buch »Paris – Boulevard St. Martin No. 11« festgehalten hat. Es lesen die beiden Töchter Alice Czyborra und Silvia Gingold.

Die Lesung findet im Rahmen des Gesamtprogramms der Ökumenischen Friedensdekade der beiden Niederräder Kirchengemeinden Paul Gerhard (ev.) und Mutter vom Guten Rat (kath.) statt. Mitveranstalter ist die Ettie und Peter Gingold-Erinnerungsinitiative.

Jüdischer Friedhof

Am Sonntag, dem 15.November, führt Rolf Heinemann in Frankfurt über den Neuen Jüdischen Friedhof (Eckenheimer Landstr. 238). Im Anschluss daran werden auf dem benachbarten Hauptfriedhof Gräber und Gedenkstätten von Nazi-Opfern, Widerständlern, KZ-Überlebenden und Zwangsarbeitern/Zwangsarbeiterinnen besucht.

Beginn und Treffpunkt um 11.00 Uhr am Eingang des Neuen Jüdischen Friedhofs (U-Bahnlinie U 5, Haltestelle Jüdischer Friedhof).



Finanzielle Unterstützung für das »Fest der Befreiung« auf dem Frankfurter Römerberg erhielt die Frankfurter VVN-BdA auch von der hessischen Naspa-Stiftung (Stiftung der Nassauischen Sparkasse). Den Zuwendungsbescheid überreicht bekam VVN-Sprecher Peter Christian Walther im Frankfurter Rathaus Römer von Oberbürgermeister Peter Feldmann (links im Bild); anwesend dabei auch die Geschäftsführerin der Naspa-Stiftung, Frau Jutta Dedio.

Finanziell unterstützt wurde die Großveranstaltung der VVN-BdA u. a. auch von der Stadt Frankfurt, der hessischen Landeszentrale für politische Bildung, von den Stiftungen LAGG, Citoyen, Dr. Heinz Jung, Henry Budge und Martin Niemöller, von der AWO und von den Gewerkschaften IG Metall, GEW, Verdi und NGG.

Bild: Naspa-Stiftung

Erfolgreiche Buchvorstellung im Café Exzess

Ausstellung »Europäischer Widerstand«

Im Rahmen der Veranstaltungen zur Frankfurter Buchmesse fand Mitte Oktober die schon traditionelle »Lange Lesenacht« der »Gegenbuchmasse« im autonomen Zentrum Café Exzess statt. Als erste Neuerscheinung wurde der Katalog »Antifaschistischer Widerstand in Europa 1922-1945« (PapyRossa Verlag) von Ulrich Schneider präsentiert.

Mit Bildern aus dem Band erläuterte er das Konzept der Ausstellung und der Darstellung in diesem Buch, das durchaus einen eigenständigen Überblick über die antifaschistische Bewegung in allen damaligen Ländern liefert.

Über 80 Gäste, darunter erstaunlich viele jüngere Zuhörer, kamen zu dieser Lesung, und auch die Nachfragen zeigten großes Interesse an diesem Thema. Die Lesung war gleichzeitig eine Vorankündigung für die im Frühjahr 2016 in Frankfurt am Main geplante Präsentation der großen Ausstellung von FIR und Institut des Vétérans »Europäischer Widerstand gegen den Nazismus«.


Mecki Hartung übergibt das Mahnmal der Öffentlichkeit. Foto: B. Allmendinger

Mahnmal für Todesmarschopfer eingeweiht

Erinnerung in Hustedt

Seit 1949 ist die ehemalige »Jägerei« nahe Celle eine Heimvolkshochschule (HVHS). Dort nehmen übers Jahr auch Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen und Menschen, die sich gegen rechts engagieren, an Seminaren teil und können sich vernetzen.

Die örtliche Nähe zum ehemaligen KZ Bergen-Belsen, die Lage etwas außerhalb der Ortschaft und auf der Luftlinie zwischen Salzgitter und Bergen-Belsen legten die Vermutung nahe, dass auch hier ein Todesmarsch vorbeigeführt haben könnte.

Ein Antrag der LDK 2013 setzte den Prozess der Forschung in Gang und ergab letztlich schreckliche Gewissheit: Tatsächlich waren im April 1945 Häftlinge aus Kleinbodungen im Harz bis nach Hustedt und weiter bis ins KZ Bergen-Belsen getrieben worden.

Am 5. April 1945 waren 613 Häftlinge unter Bewachung von 45 Wachmännern der SS-Lagerleitung Kleinbodungen mit Hunden zu Fuß auf den Todesmarsch in Richtung des KZ Bergen-Belsen getrieben worden. Der Häftlingszug quälte sich erschöpft und ausgelaugt in mehreren Tagesetappen weiter über Salzgitter und kam am 10. April gegen Abend in Groß Hehlen bei Celle an. Die Häftlinge wurden zu einer Scheune geführt, in der sie die Nacht verbringen sollten.

Der unmittelbar gegenüber der Scheune untergebrachte Militärbefehlshaber fühlte sich allerdings durch die Anwesenheit und die Unruhe, die von dem Häftlingszug ausging, gestört. Er befahl, dass der gesamte KZ-Transport unverzüglich den Bauernhof zu räumen habe. Die SS schoss in die Luft und löste damit eine regelrechte Panik aus. Innerhalb weniger Minuten standen die nach den Strapazen der vergangenen Tage völlig erschöpften Häftlinge zum Abmarsch bereit und wurden von einer neuen Bewachung in aller Eile aus dem Ort getrieben.

Wer das Tempo nicht mithalten konnte oder wer zu fliehen versuchte, wurde unterwegs erschossen.

Im Dorf Wittbeck gab es keine Möglichkeit der Unterkunft – aber den vom Gewaltmarsch ausgemergelten Häftlingen wurde erlaubt, sich für eine Verschnaufpause in der Hocke auf die Straße zu kauern. Erst in Hustedt erreichte der Häftlingszug endlich einen bereits geräumten ehemaligen Feldflugplatz, in unmittelbarer Nachbarschaft der heutigen HVHS Hustedt. Hier standen mehrere Baracken, die zur Übernachtung geeignet waren.

Unser Vorschlag, auf dem Gelände der HVHS ein sichtbares Zeichen als Erinnerung an den Todesmarsch zu setzen, stieß dort sofort auf offene Ohren und führte zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit. So ließ sich letztlich am 27. Juni 2015 die Übergabe des Mahnmals an die Öffentlichkeit – mit Unterstützung der IG Metall und der Heinrich-Böll-Stiftung – realisieren.

Das Mahnmal zeigt acht Stelen. Sie erinnern an jene acht Menschen, die auf diesem Todesmarsch zwischen zwei Dörfern erschossen wurden.

Die Stelen erinnern stellvertretend auch an alle anderen Häftlinge, die sich zu Fuß über 130 km unter unvorstellbaren Qualen von Kleinbodungen im Harz über Seesen, Salzgitter bis Hustedt und dann weiter bis in das von Leichenbergen und Sterbenden gezeichnete, völlig überfüllte KZ Bergen-Belsen schleppen mussten.

Mechthild Hartung

Zwangsarbeit in Hannover –

Neues Mahnmal eingeweiht

Während des Zweiten Weltkriegs waren etwa 2.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auf dem Gelände der Günther Wagner Verpackungswerke in der Hansastraße in einem Industriebezirk Hannovers eingesetzt. Sie wurden aus ganz Europa, die meisten aus Polen und Russland, hierher verschleppt.


Foto: rwk

Die Arbeiterinnen und Arbeiter befanden sich dort in einem »Arbeitserziehungslager«, eine Verlegung in ein KZ war jederzeit möglich. Unter menschenunwürdigen Bedingungen wurden sie ausgebeutet und kamen zum Teil zu Tode. In sogenannten »Ausländer-Wöchnerinnenheimen« wurden die Neugeborenen der Zwangsarbeiterinnen verwahrt. Viele der Kinder starben an Mangelernährung und ungenügender medizinischer Versorgung.

Auf Initiative des Vereins »Gegen das Vergessen ./. NS-Zwangsarbeit« und der Firma Silgan White Cap Deutschland GmbH wurde nun ein Mahnmal auf dem Firmengelände errichtet. In den monumentalen Doppelstelen sind Tafeln befestigt, die das Leben der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der Zeit von 1939 bis 1945 auf dem Werksgelände dokumentieren. Mit der Ausführung wurden Auszubildende des Werkes betraut. Dabei ist besonders hervorzuheben, dass die Firma Silgan White Cap nicht die Rechtsnachfolgerin der Günther Wagner Verpackungswerke ist!

Am 25. September wurde das Mahnmal im Beisein von Oberbürgermeister Stefan Schostock und Bezirksbürgermeisterin Edeltraut Geschke durch Dr. Horst Meyer vom Verein »Gegen das Vergessen« und Joachim Hundt von der Firma Silgan White Cap eingeweiht (siehe Foto).

rwk

Peine: Stolpersteinlegung

Schon zum fünften Mal werden in Peine Stolpersteine verlegt. Am Donnerstag, den 19. November, kommt der Künstler Gunter Demnig in die Fuhsestadt und wird sechs dieser Gedenksteine ins Pflaster einlassen. Diesmal werden eher politisch Verfolgte geehrt, während mit den bisherigen 49 Steinen überwiegend jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger gedacht wurde. Organisiert wird die Verlegung vom Peiner Kreisheimatbund, der VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten und dem Deutschen Gewerkschaftsbund.

Beginn ist um 13.30 Uhr in der Schlossstraße 8. Gegen 14.15 Uhr werden in der Stederdorfer Straße 30 u. a. der stellvertretende Bürgermeister der Stadt Peine, Ewald Werthmann, und der Historiker und stellvertr. Vorsitzende des Kreisheimatbundes Dr. Jens Binner sprechen. Weitere Informationen bei Peter Baumeister.

Peter Baumeister

Info-Fahrt 2015 der Kreisvereinigung Celle

Von der NS-Zwangsarbeit in Unterlüß

Wie jedes Jahr plante unsere Kreisvereinigung Celle eine sommerliche Info-Fahrt. Am 23. August 2015 wollten wir uns daher einen Eindruck verschaffen, wie es Menschen in Unterlüß ergangen war, die bei Rheinmetall-Borsig Zwangsarbeit leisten mussten und wie nach 1945 mit diesem Kapitel der Vergangenheit umgegangen wurde (Stichwort: Kindergräber).

Unter sachkundiger Führung eines seit Jahrzehnten zu diesem Thema arbeitenden Unterlüßer Bürgers besuchten wir zuerst den Gemeindefriedhof. Sofort auffällig war, dass die Gräber »Deutscher Helden« sehr gut und blumig gepflegt wirkten, wogegen die Gräber der Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter kaum zu erkennen waren. Steine waren entfernt worden und Namen, bis auf den auf einem Einzelgrab, nicht vorhanden. Die mindestens 57 Kinder der Zwangsarbeiterinnen, die als Folge der »besonderen Pflege« in einem Säuglingsheim starben, sind nur als Russen- oder Polenkinder bezeichnet. Vom Verhungern oder dem Tod im zarten Alter von wenigen Tagen oder Wochen ahnt der Besucher nichts. Vermutlich ist die Zahl der toten Frauen und Kinder noch um einiges höher, denn das Säuglingsheim wurde Anfang 1945 von einer Bombe zerstört. Dazu gibt es keine Unterlagen mehr. Insgesamt wurden in Unterlüß 4.015 ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen registriert.

Für die große Mehrheit der Fremd- oder auch Zwangsarbeiter erwies sich die Beschäftigung in der Landwirtschaft wegen der besseren Verpflegung als das bessere Los. Auch in kleinen Betrieben, so belegen Schilderungen ehemaliger Zwangsarbeiter, war die Situation durchaus menschenwürdig. Ganz anders verhielt es sich oft in den großen Industriebetrieben, wo strikt auf die Umsetzung der Ernährungsvorschriften geachtet wurde. Die in der Rüstung tätigen Frauen und Männer lebten abgeschottet in größeren Lagern. Ihr gesamter Alltag unterlag einer scharfen Reglementierung. Der Kontakt zur deutschen Zivilbevölkerung beschränkte sich fast ausschließlich auf Begegnungen am Arbeitsplatz. In Unterlüß unterhielt die Gestapo zudem seit Ende 1941 ein »Arbeitserziehungslager«, in dem Zwangsarbeiter, die sich geringer Vergehen schuldig gemacht hatten, bis zu sechs Wochen inhaftiert wurden: Schwerste Arbeit, Misshandlungen, primitive Unterkünfte und schlechte Ernährung führten zu zahlreichen Sterbefällen.

In der Gemeinde Unterlüß befand sich auch ein KZ-Außenlager, das den Namen Tannenberg trug. Es war das dritte Außenlager des Konzentrationslagers Bergen-Belsen und Ende August 1944 eingerichtet worden, nachdem ein Transport von 400 bis 800 jüdischen Frauen aus Auschwitz in Unterlüß eingetroffen war. Hierbei handelte es sich hauptsächlich um Polinnen, aber auch Frauen ungarischer, jugoslawischer, tschechischer und rumänischer Staatsangehörigkeit befanden sich unter ihnen. Im Oktober/November 1944 erhöhte sich die Zahl der Häftlinge auf 900. Die Frauen wurden im Straßenbau eingesetzt, entfernten Schutt oder verlegten Schienen. Auch das Fällen von Bäumen gehörte zu ihren Aufgaben. Teilweise mussten die Frauen in der Munitionsfabrik Rheinmetall-Borsig AG Arbeit verrichten. Hierbei atmeten sie aufgrund fehlender Schutzmaßnahmen giftige Chemikalien ein. Viele Zwangsarbeiterinnen vergifteten sich und erlitten durch Verätzungen schwere Schäden.

Weil zu einem düsteren Kapitel einer Fahrt immer auch ein positiver Aspekt gehört, fuhren wir anschließend ins Tiefental bei Hermannsburg, um nach einem Heidepicknick noch die Heideblüte durch einen Spaziergang genießen zu können. ***Klaus Meyer***

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für das MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen. Redaktion: Michael Rose-Gille

Kreisvereinigung Hannover

Kaffeetrinken mit Ruth Gröne



Seit dem 15. Juni letzten Jahres ist Ruth Gröne Ehrenmitglied unserer Landesvereinigung, aber ein Kontakt zu einem größeren Kreis von Aktiven in Hannover kam bisher nie zustande. Entschlossen, wie es stets ihre Art ist, lud sie also zu einer nachmittäglichen Kaffeerunde in das Café Jerusalem im »Haus der Hoffnung«.

Dieser Ort steht in enger Beziehung zu Ruths Aktivitäten, handelt es sich doch um das »Mädchenhaus« der ehemaligen Israelitischen Gartenbauschule in Hannover-Ahlem. Heute wird dieses Haus von der Organisation für christliche Drogenarbeit »Neues Land« bewirtschaftet. Die Treffen des Arbeitskreises »Bürger gestalten ein Mahnmal«, dem auch unsere Kreisvereinigung eng verbunden ist, finden regelmäßig dort statt.



Ruth Gröne im Kreis ihrer Gäste Fotos: rwk

Am 30. August, einem der letzten heißen Sommertage, fanden sich dann zehn Gäste ein und verbrachten mit Ruth Gröne einen angeregten Nachmittag mit heißen und kühlen Erfrischungen und einer opulenten Torte, die sie selbst gebacken hatte.

Mit Bedauern stellte Ruth Gröne fest, dass sie nicht im Besitz einer VVN-Anstecknadel sei. Glücklicherweise konnte dem Mangel unmittelbar abgeholfen werden. ***rwk***

Vierte Demonstration zum ganz anderen Nationalfeiertag

Gegen die neue NATO-Kampfdrohnenzentrale

An die Landespolitiker und -politikerinnen und die Medien Nordrheins-Westfalens haben Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 4. Anti-NATO-Protestdemonstration in Kalkar/Niederrhein am 3. Oktober appelliert, endlich ihr Schweigen über die aggressive Aufrüstung am Niederrhein zu brechen und sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Nur die Rheinische Post, und die nur in ihrer Lokalausgabe, berichtete u. a.: »Zentrale Forderung der Demonstranten war der Abbau der NATO-Kommandozentralen in Uedem und Kalkar sowie deren Umwandlung für nichtmilitärische Zwecke. … Vor der Kaserne sprach das Bundestagsmitglied der Partei ‚Die Linke‘, Sahra Wagenknecht, zu den Teilnehmern der Demonstration. Sie betonte, dass Kriege und Aufrüstung keine Lösung seien, eine gerechte und sozial gesicherte Zukunft für die Menschen zu gewährleisten. Mit Krieg könne man weder den Terror noch die Terroristen stoppen. Wie im Vertrag für die deutsche Einheit festgeschrieben wurde, solle von deutschem Boden niemals mehr ein Krieg ausgehen.

Viele der Demonstranten bekundeten ihre Zustimmung mit bunten Transparenten. Eine Band spielte, Getränke und Snacks wurden gereicht – für die Besucher war die Demo in Kalkar auch ein großes Friedensfest.«

Fortsetzung Ende November in Essen

Unbedingt zu ergänzen ist: Mit Blick auf von Kalkar aus gesteuerte NATO-Einsätze an der russischen Grenze warnte Sahra Wagenknecht in ihrem Redebeitrag vor »solchen Kriegsspielen«, die »bei dem geringsten Missverständnis zum offenen Konflikt führen« könnten. Darauf wies auch Falk Mikosch, Landessprecher der VVN-BdA, hin.

Er stellte nach der Aktion in Kalkar fest: »Auffällig auf der Demonstration war die sehr gute Präsenz unserer Vereinigung. Die VVN Nordrhein-Westfalen demonstrierte, dass Antimilitarismus und Antifaschismus zusammengehören. In nahezu allen Regionen stehen im Herbst die nächsten Aktionen der Antifaschisten und Antimilitaristen an. Ganz besonders möchten wir auf die am 20./21. November 2015 in Essen geplanten Aktivitäten gegen die NATO-Konferenz ‚Strategische Kommunikation – NATO-Herausforderungen für die Zukunft‘ hinweisen. Wir wollen in Essen die absolute Mehrheit in unserem Land verdeutlichen. Denn mehr als 80 Prozent aller Befragten sind gegen Kriegseinsätze und Rüstungsexporte. Nicht, dass die NATO dem Rechnung trägt, sondern die Militärs überlegen im Rahmen ihrer Konferenz, wie denn diese öffentliche Meinung in Richtung Rüstung und Krieg zu verändern ist. Das wollen wir nicht! Also beteiligt euch an den Vorbereitungen für unsere Gegenaktivitäten.« ***US***



Friedensdemonstration am 3. Oktober in Kalkar. Foto: jochen vogler - r-mediabase.eu

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW, Gathe 55,
42107 Wuppertal, Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de
Viele weitere Informationen, sind unter www.nrw.vvn-bda.de zu finden.
Unser Spendenkonto: Postbank Essen,
IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35

Buch der Kinder des Widerstandes:

Dem Widerstand ein Gesicht geben

Sieben Töchter und ein Sohn von Verfolgten des Naziregimes melden sich zu Wort und erzählen die Geschichte ihrer Eltern.



Die Schrift »Kinder des Widerstandes« ist nunmehr lieferbar. Und zwar bei nrw@vvn-bda.de für 6 Euro (inkl. Versandkosten, siehe Impressum).

Im Vorwort von Florence Hervé heißt es: »Sie sind Nachkriegskinder, haben die Nazizeit und den Widerstand der Eltern nicht unmittelbar miterlebt, und wenn, versteckt oder im Kinderheim. Sie haben allerdings erlebt, wie die westdeutsche Nachkriegsjustiz die Verfolgung der Naziverbrecher nur widerwillig und nachlässig betrieb. Sie haben die Konflikte der Eltern mit der Adenauer-Justiz in den Zeiten des Kalten Kriegs erfahren. …Sie haben auch das Engagement der Eltern erlebt, damit nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg stattfindet. Sie haben viele Ereignisse mitbekommen, manchmal ohne zu begreifen, und von den Eltern vermittelt bekommen: ‚Man muss sich einmischen‘.«

Die Hetzer durften trotzdem aufmarschieren

Mord-Anschlag in Köln

Die Kölner VVN-BdA erklärte zum Mordanschlag auf die Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker vom 17. Oktober:

»Der Anschlag hatte laut Pressemeldungen ‚einen fremdenfeindlichen Hintergrund‘, wurde also aus einem rassistischen Motiv heraus begangen. Unabhängig davon, ob der Täter ein organisierter Faschist war oder nicht (er ist es, wie sich bald herausstellte): Die Tat zeigt leider wieder einmal, was passiert, wenn die braune Saat, die von Pegida, Hogesa, Pro Köln und der AfD gesät, aber unterschwellig auch von manchen Politiker(inne)n der ‚bürgerlichen Mitte‘ bedient wird, aufgeht. Faschismus ist eben keine abweichende Meinung, sondern ein Verbrechen! Das ist nicht nur ein Schlagwort für Demonstrationen und Kundgebungsreden, sondern bittere und blutige Realität.

Dennoch hat das Verwaltungsgericht Köln die Verbotsverfügung der Polizei gegen die eine Woche später geplante Neuauflage der Hogesa-Gewaltexzesse nur teilweise bestätigt: Die Faschisten dürfen zwar nicht marschieren, aber eine Kundgebung abhalten und dort ihre menschenfeindlichen Sprüche klopfen. Dem Gericht gilt die rechte Hetze offenbar als unschöne, aber normale Meinungsäußerung, die zu tolerieren ist und nicht als Saat von Gewalt und Terror. Die VVN-BdA Köln empfindet das als Skandal.«

Der »Kölner Stadt-Anzeiger« berichtete auf seiner Webseite, dass zu der Kundgebung vom 25. Oktober gegen Hogesa mehr als 10.000 Menschen aus dem bürgerlichen Lager gekommen seien, während Hogesa unter tausend Teilnehmern blieb. »Die Stimmung war entspannt und friedlich. Auf Bannern und Transparenten war ‚Kein Mensch ist illegal‘ und ‚Refugees welcome‘ zu lesen. Unter dem Motto ‚Schützt Flüchtlinge und Menschenwürde‘ hatte ein Bündnis aus mehr als 50 Gruppen und Vereinen (darunter die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten) einen ‚Anti-Hogesa-Aktionstag‘ mit Kulturprogramm und Kundgebungen organisiert.

Peter Trinogga

Prozessauftakt in Wuppertal

Hogesa-Messerattacke gegen Antifaschisten

Am 11. April 2015 griffen drei »Hogesa-Nazis« vor dem Autonomen Zentrum Wuppertal (AZ) einen türkischstämmigen Antifaschisten an. Er wurde dabei lebensgefährlich verletzt. Am 5. Oktober fand der Prozessauftakt in Wuppertal statt. Der Prozess ist bis Dezember terminiert.

Die Staatsanwaltschaft wirft dem Hauptangeklagten Patrick P. (25) gefährliche Körperverletzung und versuchten Totschlag vor. Einem 43-Jährigen und einem 39-Jährigen wird gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Der Hauptangeklagte sagte aus: Aus Angst vor Übergriffen habe er als Notwehr-Reaktion das Messer gezogen und zugestochen. Zwei der Angeklagten bestritten in Übereinstimmung mit der Staatsanwaltschaft, »noch« in der rechten Szene aktiv zu sein. Das hielt sie aber wohl nicht davon ab, zu Hogesa-Aufmärschen in Köln, Hannover und Wuppertal zu fahren.

Die Polizei macht noch am Tatabend die Opfer zu Tätern: Zunächst wurde durch die Wuppertaler Polizei in einer Pressemitteilung vom selben Tag »suggeriert, dass die Tat im AZ stattgefunden« habe und Angehörige der linken Szene zum Täterspektrum gehörten. »So konzentrierten sich erste Ermittlungen und die Feststellung von Tatverdächtigen auf das AZ«, so Prozessbeobachter in einer gemeinsamen Erklärung. Der Landesausschuss der VVN-BdA NRW hatte deshalb auch auf seiner Sitzung vom 30. Mai seine Solidarität mit dem 53-jährigen Opfer des Mordanschlags erklärt. »Einer der Tatverdächtigen soll ebenfalls bei dem Angriff auf eine Gedenkkundgebung an den NSU-Bombenanschlag in der Probsteigasse [Köln] beteiligt gewesen sein«, so »netz-gegen-nazis.de«.

Der politische Hintergrund der Tat ist also offensichtlich und reiht sich ein in die zahlreichen Neonazi-Übergriffe auf Antirassisten und Antirassistinnen seit Beginn 2015.

jgn

Polizei vor dem Autonomen Zentrum am 2. Oktober in Wuppertal. Demo anlässlich des Prozessauftaktes unter dem Motto »Gegen HoGeSa, Nazis und Rassist*innen! Kein Bock mehr auf Polizeigewalt!«



Foto: r-mediabase.eu

Rücktritt eines kämpferischen Antifaschisten

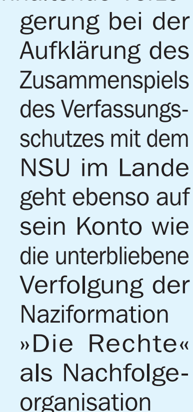
Gruß an Guntram Schneider

Als Vertreter der VVN-BdA aus NRW habe ich Guntram ein Schreiben geschickt, in dem es heißt: »Lieber Guntram Schneider, ich habe mit Bedauern erfahren, dass du der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen nicht mehr angehörst. Zum 3.9.2011 hast du den denkwürdigen Aufruf ‚Dortmund nazifrei' mit herausgegeben, den auch ich unterschrieb. Damit hast du dem Gedanken, dass man die Faschisten blockieren muss, zum Durchbruch verholfen. Andere Minister, die mit der Sache zu tun hatten, haben nicht unterschrieben, aber sie gehören der Regierung noch an.«



Guntram Schneider Foto: r-mediabase.eu

Die Frage stellt sich, ob nicht statt des Ministers für Arbeit, Integration und Soziales, Guntram Schneider, der Innenminister Ralf Jäger (ebenfalls SPD) hätte aus der Landesregierung entlassen werden müssen. Die anhaltende Verzö-



gerung bei der Aufklärung des Zusammenspiels des Verfassungsschutzes mit dem NSU im Lande geht ebenso auf sein Konto wie die unterbliebene Verfolgung der Naziformation »Die Rechte« als Nachfolgeorganisation des illegalen Nazismus. Auch die unsägliche Weisung an die Schulen, die Losung »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen« zu meiden, weil sie Nazis ihre Bürgerrechte streitig mache und nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) stehe, geht auf Jägers Konto.

U. Sander

Es begann nicht mit der Borussenfront

Dortmunder Nazivergangenheit

Mit den Innenministern hatte NRW im Laufe der Geschichte meist Pech. Dadurch wurde es z. B. einem Willi Weyer (NSDAP, später FDP) möglich, den Nazis Schutz zu geben, wenn sie sich das Demonstrationsrecht anmaßten – was sie laut Grundgesetz Artikel 139 und Völkerrecht (Potsdamer Abkommen) nicht haben. Das stellte Ulrich Sander in einer Veranstaltung im Kultur- und Bildungszentrum »Z« am Dortmunder Borsigplatz fest, in der er seine Recherche »Es begann nicht mit der Borussenfront – eine kurze Geschichte des nachhaltigen Nazieinflusses im Nachkriegs-Dortmund« vorstellte.

Darin kommt der Autor zu dem Ergebnis, »dass es nicht ausreicht zu sagen ‚Unsere Stadt muss wieder nazifrei werden'. Sie ist es leider nie gewesen«. In Justiz und Polizei wurden im Kalten Krieg jene Kräfte wieder aktiv, die dort auch schon vor 1945 wirkten. Es genüge auch nicht die Dortmunder Polizei und Justiz ins Visier der Kritik zu nehmen, während die Landesregierungen seit Jahren und oft auch heute untätig blieben. Sie hätten unsägliche Anweisungen erteilt oder gar die Hand über die Nazis gehalten.

Eine Aufbereitung der Geschichte sollte nicht nur die Zeit bis 1945 umfassen, sondern auch die Zeit danach. »Das Grundgesetz bietet Möglichkeiten, die seit Gründung der Bundesrepublik gemachten schweren Fehler zu beheben – wenn es nur gewollt ist«, zog der VVN-BdA-Sprecher Bilanz und verwies besonders auf den Grundgesetz-Artikel 139 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus.

Seine Broschüre gibt Anregungen für alle Städte, die Wiedererlangung von Einfluss der Nazis im lokalen und regionalen Maßstab zu untersuchen. »Es gab nicht nur die Globkes im Bundesmaßstab, es gab auch die alten Kader unter den Oberstaatsanwälten und den Polizeioffizieren, die sich lokal und regional wieder breitmachten.« (siehe ausführlich: http://www.nrw.vvn-bda.de/bilder/do_nazis_borussenfront.pdf)

US


J. Salomonovic und Pirnas OB Klaus-Peter Hanke bei der Tafeleinweihung Foto: Anger

Ehemaliges KZ-Außenlager Pirna-Mockethal-Zatzschke

Einweihung einer Gedenktafel

Als wir im April dieses Jahres anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung in der Gedenkstätte des KZ Flossenbürg weilten, konnten wir darüber berichten, dass die Spurensuche zum ehemaligen Außenlager Pirna-Mockethal-Zatzschke abgeschlossen ist und in einer würdigen Weise eine Gedenktafel aufgestellt werden wird.

Im Jahr 2009 schon hatten wir zwei Zeitzeugen persönlich kennengelernt: Michael und Josef Salomonovic, die zeitweise im Lager Mockethal-Zatzschke interniert waren. Bei diesem ersten Treffen waren wir uns schnell einig geworden: In Pirna gibt es Nachholbedarf bei der Aufarbeitung der dunkelsten Vergangenheit und besonders bei der Aufklärung unter unseren jungen Mitbürgern. Deshalb sollte in Mockethal-Zatzschke eine Erinnerungstafel aufgestellt werden.

2010 standen Michael und Josef Salomonovic nach 65 Jahren erstmals wieder auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Mockethal-Zatzschke. Es erinnerte nichts mehr an das Lager, aber nach einer »Spurensuche« sollte diese Arbeit in eine Gedenktafel münden. Zunächst hatten die Brüder einen spontanen Gedenkort eingerichtet: Sie und alle den Gedenkakt Begleitenden steckten Rosen in einen Baumstumpf im Schnee.

Die beiden Zeitzeugen berichteten vor sehr vielen interessierten Bürgern im Kapitelsaal des Stadtmuseums von ihren erschütternden Erlebnissen während ihrer KZ-Haft. Ulrich Fritz, Historiker der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, berichtete über den aktuellen Forschungsstand zum Konzentrationslager Flossenbürg und über die Außenlager in Mockethal-Zatzschke, Königstein und Porschdorf.

In der Arbeitsgruppe wirkten bis jetzt aktiv: Johannes Enke (Aktion Zivilcourage), Bernd Anger, Steffen Richter und weitere Akteure vom Verein AKuBiZ sowie Christine Anger. In enger Zusammenarbeit mit Ulrich Fritz wurden umfangreiche Recherchen geführt.

Die Stadt Pirna ließ nun eine Tafel zum ehemaligen KZ-Außenlager in drei Sprachen (deutsch, tschechisch und englisch) fertigen. Oberbürgermeister Klaus-Peter Hanke enthüllte sie am 17. September 2015 gemeinsam mit dem Ehrengast Josef Salomonovic am Parkplatz vor der Gaststätte »Weiße Taube«.

Das ist sicher der exponierteste Standort, an dem die Einwohner Pirnas und ihre Besucher an den Standort des ehemaligen Lagers erinnert werden. So wurde in Pirna eine Lücke in der Gedenkkultur wider das Vergessen der NS-Verbrechen geschlossen. Eine Bürgerinitiative hat sich inzwischen der Forschungsarbeit für das Außenlager Porschdorf angenommen mit dem Ziel, auch dort eine Gedenktafel aufzustellen.

Begleitet wurde die Begegnung in Pirna von Mitwirkenden des Maximilian-Kolbe-Werkes aus Freiburg, das Begegnungsaufenthalte für KZ- und Holocaust-Überlebende organisiert. Es waren gemeinsame Tage mit Besuch der Gedenkstätte Sonnenstein, der Burg Hohnstein – dem ersten KZ in Deutschland –, einer aktuellen Stunde im Rathaus mit Oberbürgermeister Klaus-Peter Hanke und mit Pirnaer Bürgern sowie mit Schülern im Evangelischen Schulzentrum.

Christine und Bernd Anger, Pirna

V.i.S.d.P. Peter Giersich
Redaktion: Landesverband Sachsen des VVN-BdA, Strehlener Straße 14, 01069 Dresden, Tel. 0351/4901903 **E-Mail:** vvn-bda-sachsen@t-online.de oder vvn-vogtland@t-online.de
Spendenkonto: BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE90 8508 0000 0528 2111 02

Einem Auschwitz-Überlebenden zum 90. Geburtstag

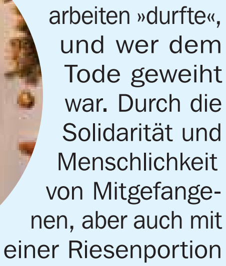
Wenn Justin erzählt …

… dann ist es mucksmäuschenstill im Raum. Justin Sonder, Jahrgang 1925, ist einer der wenigen noch Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz. Gemeinsam mit Freunden und Weggefährten konnte er Mitte Oktober seinen 90. Geburtstag begehen. Bei all den Ehrungen, Blumensträußen, Glückwünschen blieb er wie immer: ruhig, freundlich, bescheiden.

Ich lernte Justin im Jahr 1990 kennen, als auch in Sachsen aus den Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer und den VdN-Kommissionen der »Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener« hervorging. Seither habe ich ihn mehrmals begleitet, wenn er vor Jugendlichen, Schülern über sein Leben, seine Erlebnisse sprach. Ich habe über ihn geschrieben und schreiben lassen. Oft saßen wir zusammen in seiner Wohnung auf dem Chemnitzer Kaßberg – mit Blick auf das Wohnhaus, in welchem Helmut Flieg, bekannt als Stefan Heym, aufwuchs.

Justin versteht es zu erzählen – ohne künstliches Pathos, ohne kalkulierte Effekte, sondern rein menschlich, natürlich. Und obwohl er seine Lebensgeschichte schon so oft vorgetragen hat, muss er immer wieder Pausen einlegen, als ob ihn das Erlebte wieder einholt. Als 17-Jähriger wurde er im Frühjahr 1943 abgeholt, von Chemnitz über Dresden nach Auschwitz verbracht. Hier wurde er, wie viele andere auch, als nützlich ausgemustert und zum Arbeitssklaven gezwungen.

Schrecklich seine Erlebnisse inmitten von Terror und Tod. Sechszehnmal stand er auf der Rampe, wo ausgewählt wurde, wer weiterarbeiten »durfte«, und wer dem Tode geweiht war. Durch die Solidarität und Menschlichkeit von Mitgefangenen, aber auch mit einer Riesenportion Glück überstand der junge Mann diese Selektionen. Im Januar 1945, die Rote Armee rückte immer näher, wurde er gemeinsam mit etwa 55.000 Häftlingen auf einen Todesmarsch geschickt, der ihn nach Mauthausen, Sachsenhausen, Flossenbürg, Leonberg führte.


Der Auschwitz-Überlebende Justin Sonder Foto: Peter Giersich

Nach seiner Befreiung durch amerikanische Soldaten ging er zurück in seine Heimatstadt Chemnitz. Er wurde Volkspolizist, Kriminalist, sorgte für Sicherheit, für Recht und Ordnung. Noch heute begegnen ihm Chemnitzer Bürger mit Achtung und Respekt. Bei der Jugendfeuerwehr wurde er Ehren-Feuerwehrmann. Die Stadt Chemnitz zeichnete ihn mit ihrem Friedenspreis aus. Nur der Freistaat Sachsen tut sich schwer. Der Vorschlag, ihm für seine Lebensleistung den Sächsischen Verdienstorden zu verleihen, blieb bisher unbeantwortet. Schließlich war er ja SED-Mitglied und als Polizeioffizier Träger des DDR-Systems …

Wir wünschen unserem Justin noch viele schöne Jahre mit seiner Frau Marga im Kreis der Freunde und Kameraden der sächsischen VVN-BdA. Mögen seine Lebensberichte möglichst vielen Menschen das Herz öffnen und die Einsicht wecken, dass alles zu tun ist, damit sich, was geschah, nie wiederhole – in welcher Form auch immer.

Peter Giersich, Sprecher VVN-BdA Sachsen

Der Lebensweg von Justin Sonder ist in dem Büchlein »Chemnitz – Auschwitz – und zurück« von Margitta Zellmer aufgezeichnet. Erhältlich über den VVN-BdA-Stadtverband Chemnitz.